

Berichte und Jahresabschluss 2009

Berichte und Jahresabschluss 2009

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	3
2. Ertragslage	8
3. Finanz- und Vermögenslage	14
4. Nachtragsbericht	24
5. Chancen- und Risikobericht	25
6. Prognosebericht	59
Bericht des Aufsichtsrates	63
Bericht der Trägerversammlung	65
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009	66
Gewinn- und Verlustrechnung	68
Anhang	69
Bilanz – Aktiva	73
Entwicklung des Anlagevermögens	75
Bilanz – Passiva	76
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	94
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	95
Impressum	96

Lagebericht der Bremer Landesbank

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Das Wirtschaftswachstum und der Warenhandel sind im Jahr 2009 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit abgestürzt. Im Jahresverlauf hat jedoch zunehmend eine Stabilisierung eingesetzt und das Ende der Rezession hat sich in vielen Ländern abgezeichnet.

Die Vereinigten Staaten, in denen die Finanzkrise begonnen hat, verzeichneten einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 2,5% und einen starken Beschäftigungsabbau. Das Staatsdefizit stieg infolge der Stützungsmaßnahmen deutlich an. Während West- und Mitteleuropa, Japan und auch Russland deutliche Rückgänge in der Wirtschaftsleistung hinzunehmen hatten, hat in China und Indien lediglich das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums abgenommen.

Der Beginn des Jahres 2009 stand im Zeichen fortgesetzter Verwerfungen an den Finanzmärkten und eines sich verstärkenden konjunkturellen Abwärtsdrucks. In diesem Umfeld prägten auch die intensiven Bemühungen der Politik, die Krise einzudämmen, das Geschehen an den Geld- und Kapitalmärkten. Ab dem zweiten Quartal entwickelte sich dann wachsende Zuversicht über ein Ende der konjunkturellen Abwärtsdynamik. Auf beiden Seiten des Atlantiks führten positive Konjunkturindikatoren, staatliche Hilfen für den Finanzsektor und stützende Maßnahmen der Zentralbanken zu einer Erholung an den Finanzmärkten. Ein nicht zuletzt durch den aufgehellten Wirtschaftsausblick zunehmender Risikoappetit trug zu Kursanstiegen an den Aktienmärkten und Renditerückgängen von Unternehmensanleihen bei. Zuletzt beeinflussten die immer deutlicher hervortretende Verschlechterung der Lage der öffentlichen Finanzen in den meisten EWU-Ländern die Stimmung an den Kapitalmärkten, zumal unklar ist, inwieweit die Dynamik an den Aktien- und Rentenmärkten von den großzügigen Konjunkturprogrammen und einer reichlichen Liquiditätsversorgung weltweit getrieben ist. Damit verbleiben Zweifel an der Nachhaltigkeit der Erholung an den Finanzmärkten für die Zeit nach dem Auslaufen der Stützungsprogramme (Quelle: Monatsberichte Deutsche Bundesbank).

In ihrem Finanzstabilitätsbericht für 2009 gibt die Deutsche Bundesbank an, dass sich das deutsche Finanzsystem im Zuge der internationalen Finanzmarktkrise einem enormen und beispiellosen Druck ausgesetzt sah. Nur durch außergewöhnliche fiskal- und geldpolitische Maßnahmen konnte ein systemischer Zusammenbruch verhindert werden. Die Finanzmärkte haben sich zwar mittlerweile deutlich erholt und der Wachstumsausblick hat sich zuletzt ebenfalls spürbar aufgehellt. Dennoch sind für die deutschen Banken weitere Belastungen absehbar und die Finanz- und die damit unmittelbar verknüpfte Wirtschaftskrise können keineswegs als überwunden angesehen werden.

Nach dem scharfen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat im Frühjahr 2009 – unterstützt durch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Impulse – nach Angaben der Deutschen Bundesbank in ihrem Monatsbericht Dezember 2009 ein Erholungsprozess eingesetzt. Die deutsche Wirtschaft hat sich also allmählich von dem schweren Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009

erholt. Die Wirtschaftsleistung bewegt sich aber weiterhin auf einem zyklisch niedrigen Niveau. Waren es im Frühjahr vor allem die privaten Konsumausgaben und dabei insbesondere die außerordentlich regen Pkw-Käufe, die zur Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion geführt hatten, so kamen im Sommer erstmals seit mehr als einem Jahr wieder Impulse aus dem Auslandsgeschäft. Ein wichtiger Grund dafür, dass die rasante Talfahrt der Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Industrieländern von einer Erholung abgelöst wurde, war – neben den Maßnahmen der Finanzmarktstabilisierung – das entschlossene, schnelle und umfassende Handeln der Geld- und Finanzpolitik. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bisher nur wenig eingetrübt. Der Beschäftigungsrückgang ist im dritten Vierteljahr 2009 sogar zum Stillstand gekommen.

Region

In ihrem Jahresbericht 2009 äußern die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, dass das Jahr viel Schatten, aber auch erneute konjunkturelle Lichtblicke für die bremische Konjunktur bot. Allgemein haben die Unternehmen einen kräftigen Nachfrageeinbruch verzeichnet und sich daher bei Investitionen stark zurückgehalten. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat im Verlauf des Jahres deutlich zugenommen und auch am Arbeitsmarkt hat die Rezession mit einem Absinken der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Wirkung gezeigt, die umfängliche Nutzung von Kurzarbeit hat aber Schlimmeres verhindert. Während die Auswirkungen der Krise besonders in der Verkehrs- und Logistikbranche, im Groß- und Außenhandel und bei Zeitarbeitsfirmen zu spüren waren, ist der Einzelhandel gestützt durch den privaten Konsum vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen. Die gute Stellung Bremens im Städtetourismus hat ebenfalls für eine gewisse Stabilisierung gesorgt. Das Kreditgewerbe ist je nach geschäftspolitischer Ausrichtung unterschiedlich von der Finanzkrise betroffen.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat im Jahr 2009 ihre Spuren im Oldenburger Land hinterlassen, so die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer. Der Industrieumsatz fällt nach vorläufigen Einschätzungen rund 14% niedriger aus als im Jahr 2008, der Exportrückgang liegt bei über 30% im Vergleich zum Vorjahr. Der Abschwung ist damit über das Ausland in die Region gekommen. Alle Industriezweige sind vom Rückgang von Aufträgen betroffen, die Unternehmensinsolvenzen sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich angestiegen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass das Oldenburger Land im Vergleich mit anderen Regionen besser abgeschnitten hat. Dies liegt daran, dass das Ernährungsgewerbe mit einem hohen inländischen Umsatzanteil eine herausragende Stellung in der Region hat. Darüber hinaus trug der Tourismus zur Stabilisierung bei und der Konsum ist trotz des Konjunkturabschwungs nicht eingebrochen. Die Arbeitslosenquote ist nahezu konstant geblieben.

Nach Angaben der IHK für Ostfriesland und Papenburg war das Jahr 2009 geprägt von einer rasanten wirtschaftlichen Talfahrt, gegen Ende des Jahres hat die Wirtschaft jedoch wieder Tritt gefasst. Die Talsohle ist damit durchschritten. Erfreulicherweise hat die Wirtschaftskrise bislang längst nicht so stark auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen wie dies bei vorangegangenen Krisen der Fall war. Von einer Kreditklemme kann im IHK-Bezirk nicht gesprochen werden, lediglich Konditionsanpassungen sind bei einem Teil der Unternehmen erfolgt.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 650. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Rating-Agenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: C; FITCH Individual-Rating: C). Die Langfristratings (FITCH: A; Moody's: Aa2) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten.

Im Berichtsjahr stand die konsequente Vermarktung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank erneut im Vordergrund.

Die Fortführung des stringenten Kosten- und die Einhaltung eines konsequenten Risikomanagements sowie die weitere Stabilisierung der Erlösstruktur ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Ausrichtung und erfolgreiche Positionierung als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen den eingeschlagenen Weg.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet, neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrales Steuerungsinstrument der Bank ist die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung. Die Wert- und Risikoorientierung zeigt sich im Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss:

- Eigenkapitalkosten – In dem Deckungsbeitragschema werden den Geschäftsfeldern noch vor den Betriebskosten die Kosten für das eingesetzte Kapital zur Deckung des „Unexpected Loss“ ausgewiesen bzw. die Kosten für die Verzinsung des gebundenen Eigenkapitals.

- Expected Loss – Den Geschäftsfeldern wird als Risikoprämie der „Expected Loss“ zugewiesen. Damit erfüllt die Bremer Landesbank in der internen Steuerung bereits heute schon eine zentrale Anforderung des neuen Konsultationspapiers „Strengthening the resilience of the banking sector“ (Bank for International Settlements, December 2009).

Zentrale Größe für die interne Steuerung der Geschäftsfelder ist der Wertbeitrag, den jedes Geschäftsfeld zum Unternehmenserfolg beiträgt. Als Wertbeitrag ist das Ergebnis eines Geschäftsbereiches unter Berücksichtigung des „Expected Loss“ und der Kosten für das eingesetzte Kapital festgelegt. Hierdurch wird die Wertschaffung jedes einzelnen Geschäftsfeldes aufgezeigt. Darüber hinaus werden die Geschäftsfelder über folgende Kennzahlen gesteuert:

$$\text{RaRoC} = \frac{\text{Wertbeitrag}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$

$$\text{Cost-Income-Ratio} = \frac{\text{Verwaltungsaufwendungen}}{\text{Operative Erträge}}$$

Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte. Die operativen Erträge umfassen u.a. Zins- und Dienstleistungserträge sowie Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften.

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR). Der RoE ist wie folgt definiert:

$$\text{RoE} = \frac{\text{Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Interne betriebswirtschaftliche Größen wie z.B. die empfängerorientierte Gestaltung des Deckungsbeitragsschemas.
- Handelsrechtliche Größen wie z.B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV.
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z.B. der konsequente Ausweis der „risk weighted assets“.

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt. (Im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen.)

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Erlösziele und Budgetvorgaben sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr insgesamt erneut erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben trotz höherer Aufwendungen für die Liquiditätsbevorratung kräftig an, während das Provisionsergebnis wie erwartet konjunkturbedingt eine deutlich rückläufige Tendenz zeigte. Vor dem Hintergrund sinkender Geld- und Kapitalmarktzinsen konnte das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften deutlich gesteigert werden.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Mittlerweile hat sich die Finanzmarktkrise allerdings auch auf den realwirtschaftlichen Sektor ausgewirkt. Daher sind die Risikovorsorgeaufwendungen erwartungsgemäß deutlich angestiegen, erreichten jedoch nicht das erwartete Niveau. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. Wesentliche Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nur im Zusammenhang mit den Anleihen isländischer Banken erforderlich.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind im Jahr 2009 moderat angestiegen. Während sich die Personalaufwendungen tarifbedingt leicht erhöhten, kam es hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie zu einer Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 erlaubt es der Bremer Landesbank, sowohl die Kapitalbasis durch Dotierung der Gewinnrücklagen zu stärken als auch eine angemessene Ausschüttung an die Träger vorzusehen. Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2009 berichtet.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2009 insgesamt erneut erfreulich entwickelt.

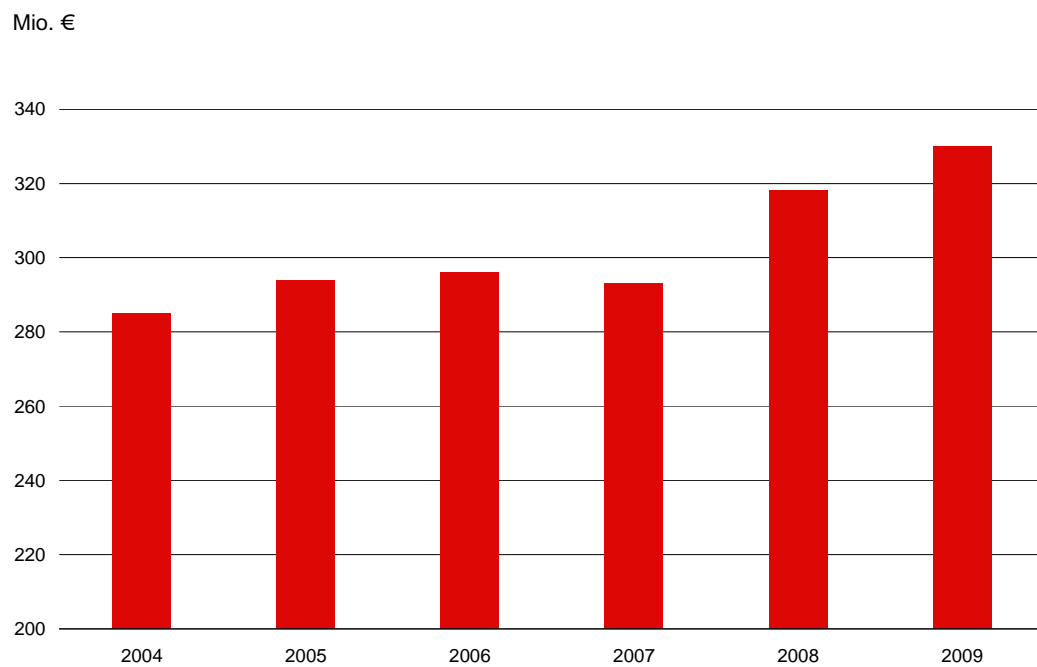
Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Das Zinsergebnis stieg um 3,8% von 318,0 Mio. € auf 330,2 Mio. €. Wesentliche Treiber im kundenorientierten Geschäft waren erneut das Segment Spezialfinanzierungen, aber auch die Geschäfte mit der lokalen Firmenkundschaft. Den höheren Belastungen aus der gezielten Liquiditätsbevorratung standen in diesem Umfang nicht geplante Fristentransformationserfolge aus der Eigenanlage gegenüber.

Nach einem konjunkturbedingten Rückgang im Jahr 2010 wird in der Folge von einer Stabilisierung des Zinsergebnisses ausgegangen.

Zinsergebnis

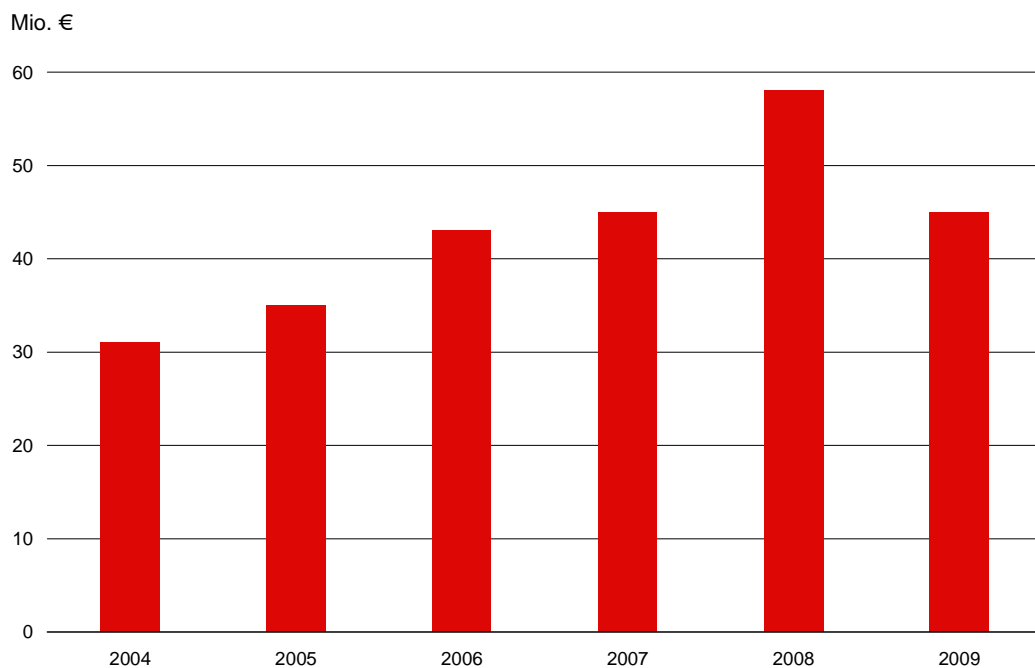


Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis ist von 57,6 Mio. € auf 44,6 Mio. € gesunken und liegt damit um rd. 22,6% unter dem Vorjahreswert. Im Vergleich zum noch von regem Neugeschäft geprägten Jahr 2008 gingen vor allem Einmalgebühren für Schiffsfinanzierungen und Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen deutlich zurück. Weitere Provisionen im Kreditgeschäft, zu denen auch Avalprovisionen gehören, sowie die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft konnten konjunkturbedingt ebenfalls nicht das Vorjahresniveau erreichen. Andere Ergebnisbeiträge, z.B. aus dem Zahlungsverkehr, entwickelten sich relativ stabil.

Im Jahr 2010 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2009 erreichten Niveau stabilisieren. Danach ergeben sich voraussichtlich gute Chancen für einen Anstieg.

Provisionsergebnis



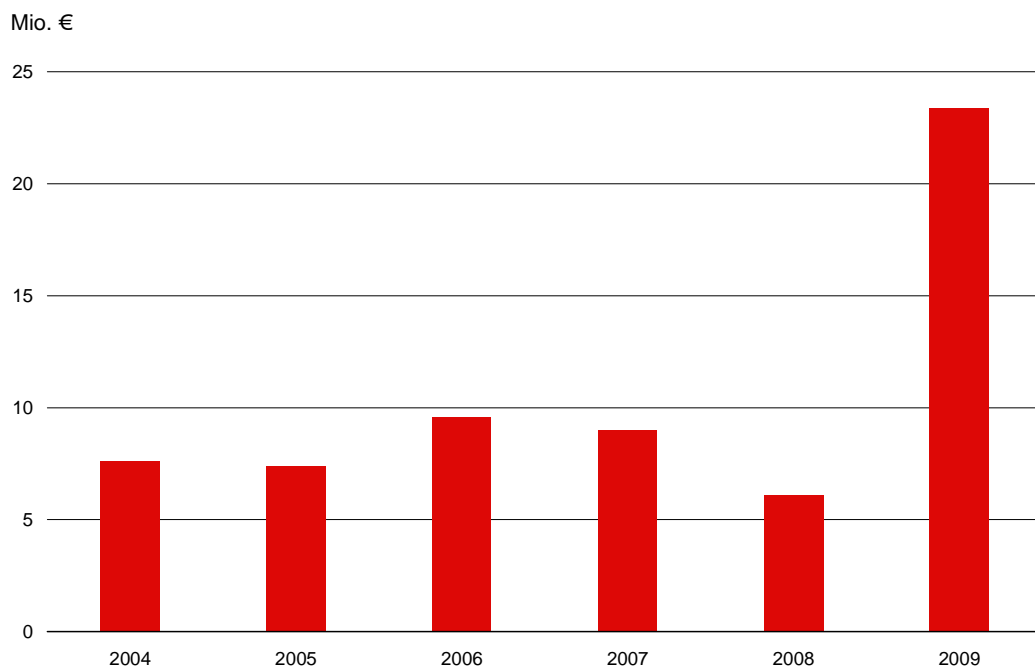
Nettoertrag aus Finanzgeschäften

Die Finanzmarktkrise ließ im vergangenen Jahr langsam nach. Dennoch ergaben sich weiterhin deutliche Schwankungen auf den Finanz- und Kapitalmärkten, die die Bremer Landesbank im vergangenen Jahr erfolgreich nutzen konnte. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften stieg demzufolge deutlich von 6,1 Mio. € auf 23,4 Mio. €.

Die Erfolge im Devisengeschäft ließen sich aufgrund des weiterhin stark schwankenden US-Dollar-Kurses nochmals steigern. Ergebnisse aus Wertpapieren des Handelsbestandes und aus sonstigen Finanzinstrumenten stiegen ebenfalls deutlich gegenüber dem Vorjahr an. Ein erheblicher Teil der im Jahr 2009 aufgebauten Reserven im Handelsbestand der Bremer Landesbank wurde mit Blick auf die ab 2010 anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) realisiert.

Durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten, die mit einem Risikoabschlag bzw. -zuschlag und einem Risikopuffer kombiniert wird, werden sich ab dem Jahr 2010 Änderungen in der Darstellung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ergeben, die zu einer erhöhten Volatilität des Ergebnisses führen. Es werden dennoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2010 und 2011 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Nettoertrag aus Finanzgeschäften



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 3,1 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) und sind damit fast unverändert. Gleiches gilt für die sonstigen betrieblichen Erträge, die von 8,8 Mio. € auf 9,0 Mio. € angestiegen sind. Der Saldo beläuft sich damit auf 5,9 Mio. € nach einem Ergebnis von 6,3 Mio. € im Vorjahr. Schwankungen ergeben sich hauptsächlich durch die Auflösung von Rückstellungen aus dem Personalbereich.

Verwaltungsaufwendungen

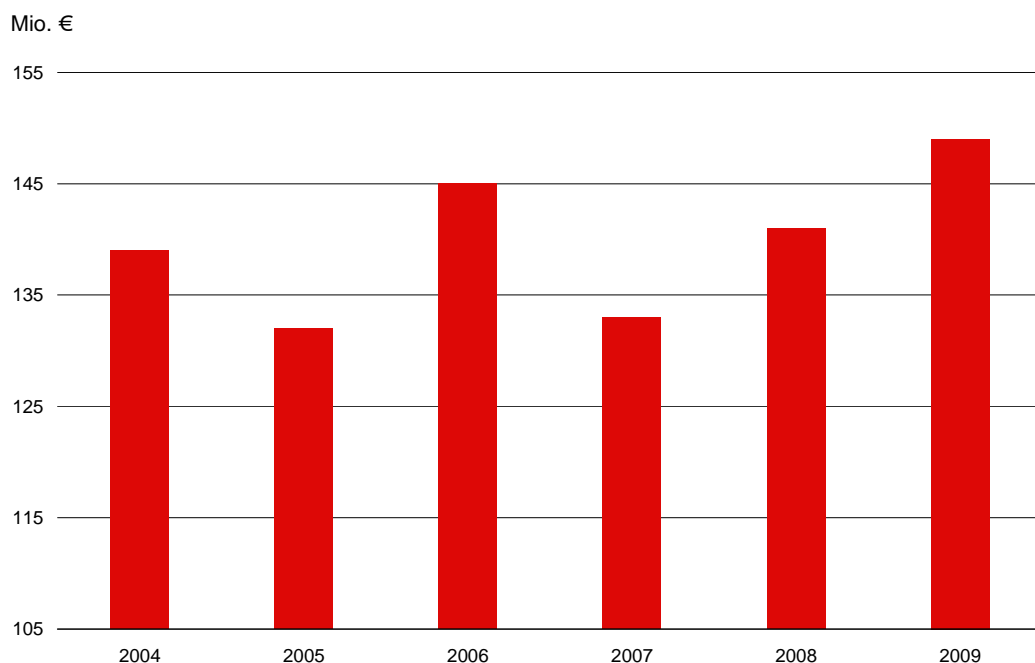
Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind von 140,6 Mio. € um 8,2 Mio. € bzw. 5,9% auf 148,9 Mio. € angestiegen.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und soziale Abgaben stiegen wie erwartet tarifbedingt leicht an. Bei den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung kam es zu einem etwas deutlicheren Anstieg. Höheren Aufwendungen für die Zuführung zu Pensionsrückstellungen und für Beihilfen stand eine steuerlich bedingt geringere Dotierung der Unterstützungseinrichtung gegenüber. Insgesamt liegen die Personalaufwendungen auf dem erwarteten Niveau.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind erneut um etwa 5,4 Mio. € oder 10,5% angestiegen. Während die Gebäudeaufwendungen leicht zurückgingen, stiegen die Aufwendungen für Informationstechnologie und die Beratungsaufwendungen erwartungsgemäß weiter an. Hauptursachen sind die im Jahr 2011 anstehende Migration auf die Systeme der Finanz Informatik, aber auch Projekte für Steuerungsmaßnahmen aufgrund gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Änderungen. Insgesamt blieben die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch unter dem geplanten Niveau.

Im Jahr 2010 wird es zu einem deutlicheren Anstieg der Personalaufwendungen kommen. Einerseits werden tarifbedingte Steigerungen erwartet, andererseits werden die ab 2010 anzuwendenden Vorschriften des BilMoG zu erhöhten Aufwendungen für Altersversorgung führen. Für 2011 wird ein geringerer Anstieg erwartet. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2010 projektbedingt ein erneuter Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2011 ist eine Stabilisierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Verwaltungsaufwendungen



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um 0,3 Mio. € auf 3,9 Mio. € zurückgegangen.

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 128,4 Mio. €. Mit dem Ertragsaldo von 60,3 Mio. € des Jahres 2008 ist es aufgrund der nachfolgend erläuterten Sachverhalte nicht vergleichbar.

Im Jahr 2008 hat die Bank eine Umgliederung von stillen Reserven nach § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB vorgenommen, um das aufsichtsrechtliche Kernkapital zu stärken. 2009 wurden derartige Umgliederungen nicht durchgeführt.

Mittlerweile hat sich die Finanzmarktkrise auch auf den realwirtschaftlichen Sektor ausgewirkt. Daher sind die Risikovorsorgeaufwendungen aus dem Kundengeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erwartungsgemäß deutlich gegenüber dem Vorjahr angestiegen, erreichten jedoch nicht das vorher geplante Niveau. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang bewährt.

Auf den Bestand an Wertpapieren der weiterhin unter staatlicher Zwangsverwaltung stehenden isländischen Institute Landsbanki, Glitnir und Kaupthing hat die Bank im Jahr 2009 eine weitere Wertberichtigung in Höhe von 11,5 Mio. € vorgenommen. Weitere wesentliche Wertkorrekturen auf den Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen waren nicht erforderlich.

Aus Abgängen von kleineren Beteiligungen ergaben sich per Saldo realisierte Verluste in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: +7,7 Mio. €), während eine Anpassung von Beteiligungsbuchwerten in Höhe von insgesamt –5,5 Mio. € (Vorjahr: –4,7 Mio. €) erforderlich wurde.

In den Jahren 2010 und 2011 geht die Bremer Landesbank konjunkturbedingt von über dem Berichtsjahr liegendem Risikovorsorgebedarf aus.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Am Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem Kernkapital zuzurechnen ist, hat die Bank im Jahr 2009 (Vorjahr: 150,0 Mio. €) keine betragslichen Veränderungen vorgenommen.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Jahres 2009 beträgt 122,9 Mio. € nach 152,4 Mio. € im Vorjahr, was einen Rückgang von 19,4% darstellt.

Steueraufwand

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Mio. € auf 37,9 Mio. € erhöht. Im Jahr 2008 vereinnahmte Steuererstattungen für vorangegangene Jahre fielen im Jahr 2009 nicht in gleicher Höhe an.

Zinsaufwand für stille Einlagen

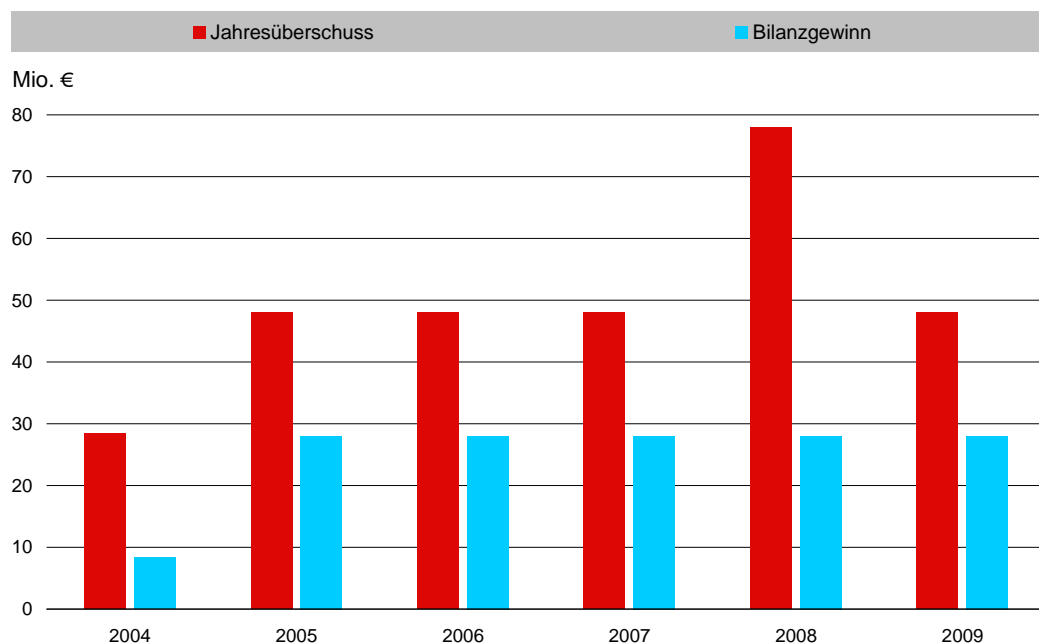
Der Zinsaufwand für die stillen Einlagen beträgt 37,0 Mio. € nach 38,5 Mio. € im Vorjahr. Die Veränderung resultiert aus vorgenommenen Neukonditionierungen.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 48,0 Mio. €. Er ist damit wie erwartet um 30,0 Mio. € auf das Niveau des Jahres 2007 zurückgegangen. Zur Einstellung in die Gewinnrücklagen sind 20 Mio. € (Vorjahr: 50,0 Mio. €) vorgesehen. Der zur Ausschüttung an die Träger der Bank vorgesehene Bilanzgewinn in Höhe von 28,0 Mio. € verbleibt damit auf Vorjahresniveau und bedeutet eine Rendite von 20,0% auf das Stammkapital.

Im Jahr 2010 wird der Jahresüberschuss nach den Einschätzungen der Bank konjunkturbedingt unter Druck bleiben, während ab 2011 gute Chancen für einen neuerlichen Anstieg gesehen werden. Es wird allerdings auch in den Folgejahren von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis sowie der Zahlung einer angemessenen Dividende ausgegangen.

Jahresüberschuss und Bilanzgewinn

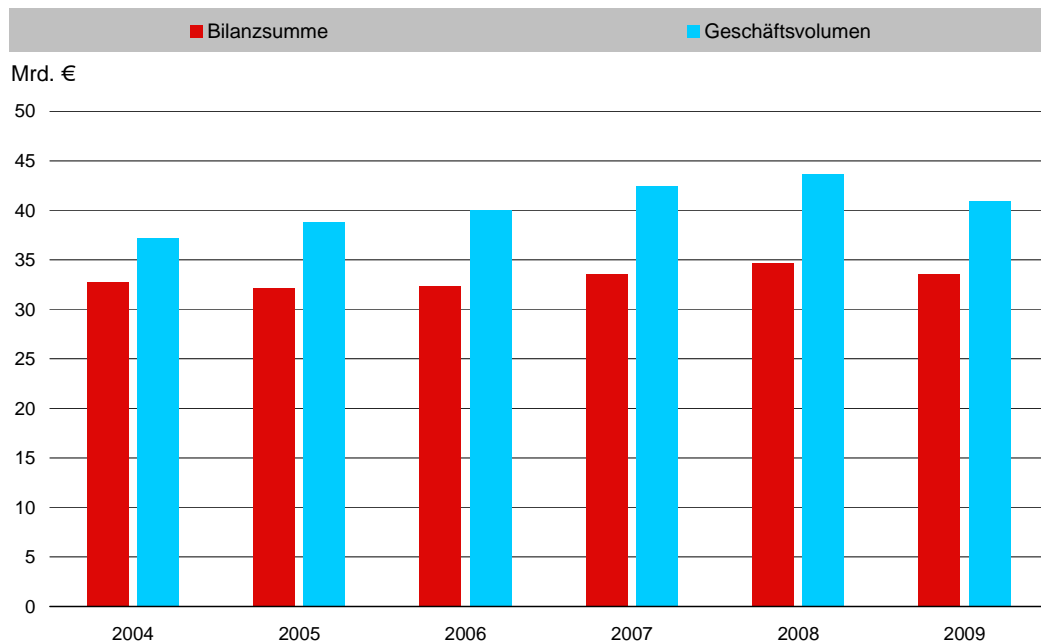


3. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Dementsprechend wurde das margenenge Interbankengeschäft deutlich untergewichtet. Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme um 3,3% auf 33,6 Mrd. € (Vorjahr: 34,7 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen reduzierte sich um 2,8 Mrd. € oder 6,4% auf 40,9 Mrd. €.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen



Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Zusammenhang mit der Untergewichtung des Interbankengeschäftes im Geschäftsjahr 2009 weiter um 1,0 Mrd. € auf 4,8 Mrd. € reduziert.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich – vornehmlich durch die Valutierung bereits zugesagter Finanzierungen im Spezialfinanzierungsgeschäft – um rd. 0,6 Mrd. € auf 20,7 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 61,8% (Vorjahr: 58,0%). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr um 0,4 Mrd. € auf 6,5 Mrd. € reduziert. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurde infolge der Auflösung von Spezialfonds erneut reduziert und beträgt nun 24,0 Mio. € (Vorjahr: 142,2 Mio. €).

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z.B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z.B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Im Verbund der deutschen Sparkassenorganisation sei hier die DekaBank mit ihrem breiten Spektrum an Fondsanlagemöglichkeiten erwähnt.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2009 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Zusammenhang mit der Untergewichtung des Interbankengeschäftes erneut deutlich um 1,7 Mrd. € auf 10,5 Mrd. € nach 12,2 Mrd. € im Vorjahr reduziert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden konnte nach 10,0 Mrd. € im Jahr 2008 leicht auf 10,2 Mrd. € ausgeweitet werden. Dabei stiegen die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit leicht an (+362,0 Mio. € auf 7,8 Mrd. €), während im täglich fälligen Bereich ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen war (-161,4 Mio. € auf 2,2 Mrd. €). Der Bestand an Spareinlagen ist um 50,2 Mio. € auf 227,5 Mio. € angestiegen.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 9,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 8,6 Mrd. € erneut deutlich um 9,0% angestiegen. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank sind im vergangenen Jahr um 8,0 Mio. € auf 229,1 Mio. € angestiegen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 6,3 Mio. € auf 150,0 Mio. € erhöht. Die Steuerrückstellungen verblieben in etwa auf dem Vorjahresniveau von 27,5 Mio. € (2008: 27,2 Mio. €). Dagegen stiegen die anderen Rückstellungen geringfügig um 1,4 Mio. € auf

51,6 Mio. € an. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen, wie z.B. Vorruhestandsverpflichtungen, Abschlussvergütung oder Beihilfen sowie Rückstellungen im Kreditgeschäft.

Nachrangige Verbindlichkeiten

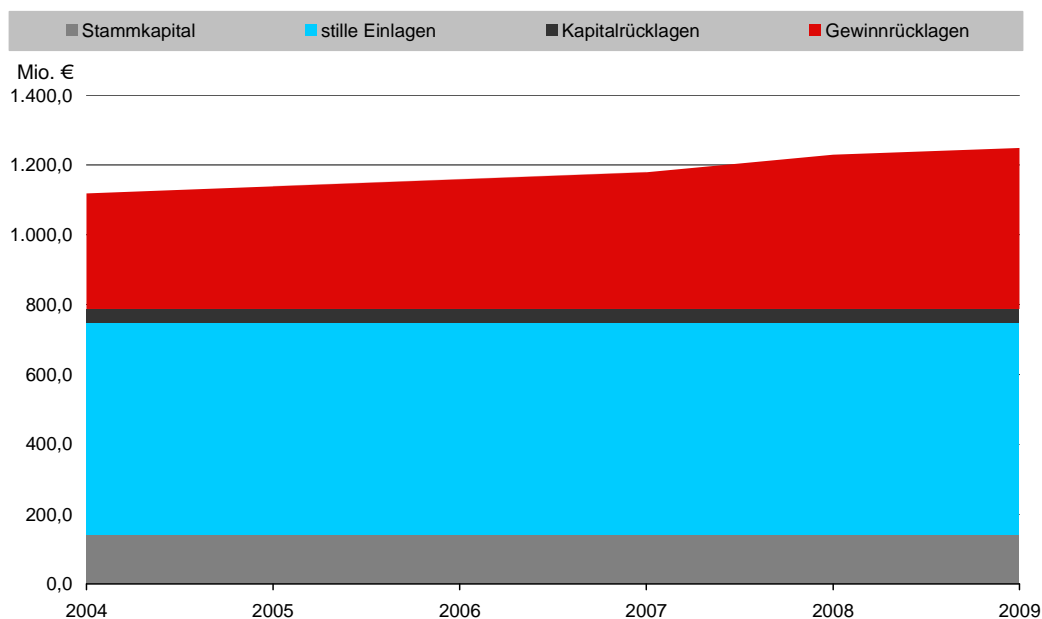
Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresultimo auf unverändert 500,0 Mio. €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.276,9 Mio. € nach 1.256,9 Mio. € im Vorjahr. Es entfallen unverändert 140,0 Mio. € auf das Stammkapital und 607,9 Mio. € auf die stillen Einlagen, davon 480,0 Mio. € mittelbar gehalten durch das Land Bremen sowie weiterhin 40,0 Mio. € unverändert auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen nach Einstellung von jeweils 10,0 Mio. € in die satzungsmäßigen und die anderen Gewinnrücklagen nunmehr 461,0 Mio. €. Der zur Ausschüttung an die Träger bestimmte Bilanzgewinn beträgt wie im Vorjahr 28,0 Mio. €.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,5% (Vorjahr: 10,4%). Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank daher weiterhin nicht notwendig.

Eigenkapitalbestandteile



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 4,5 Mrd. € (Vorjahr: 5,3 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps, bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellen Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der im Laufe des Jahres 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte, selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Die britische Bank Bradford & Bingley hat staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen und der britische Staat hat die Rückzahlung der Verbindlichkeiten des Institutes unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission garantiert. In diesem Zusammenhang wurden Zinszahlungen auf bestimmte nachrangige Verbindlichkeiten des Institutes nicht geleistet. Dies haben verschiedene Sicherungsnehmer in CDS-Positionen zum Anlass genommen, einen sogenannten Credit Event zu erklären. In der Folge wurden von der Bremer Landesbank als Sicherungsgeber eingegangene Positionen in Höhe von rd. 34 Mio. € in von Bradford & Bingley emittierte Wertpapiere getauscht. Wegen der staatlichen Garantien für Bradford & Bingley Emissionen wurden die Papiere, für die eine Durchhalteabsicht besteht, bei Zugang im Anlagevermögen zum Nennwert bilanziert. Im Rahmen der Marktgerechtigkeitsprüfung wurde jedoch festgestellt, dass die Papiere nicht die Rendite vergleichbarer Bonds aufweisen. Sie wurden daher bei Zugang zu Lasten des Zinsergebnisses auf den Gegenwartswert abdiskontiert. Der Unterschiedsbetrag in Höhe von 3,1 Mio. € wird über die Restlaufzeit amortisiert.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z.B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

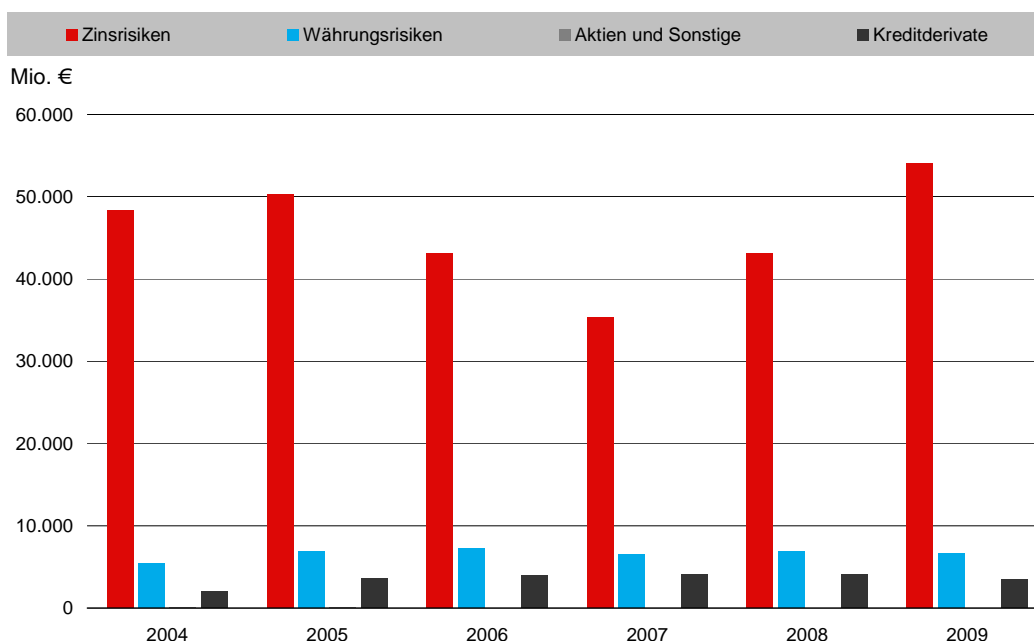
Andere Verpflichtungen

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,7 Mrd. €).

Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, aber auch zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2009 betrug 64,1 Mrd. € nach 53,9 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,9-Fache (Vorjahr: 1,6-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Derivatevolumen



Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2009 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schulscheindarlehen erhöhte sich auf 4,2 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 2,9 Mrd. € im Jahr 2008. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise ist das stark angestiegene Absatzvolumen an eigenen Emissionen im Sinne der Platzierungsfähigkeit und Refinanzierungssicherheit besonders bemerkenswert. Gleichzeitig ist es der Bank gelungen, ihre Investorenbasis wesentlich zu verbreitern. Diese Diversifizierung hat die Refinanzierung der Bank nachhaltig stabilisiert.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erhöhte sich auf 18,7 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 17,0 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug zum Jahresende 1,0 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 1,1 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank insbesondere die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde dagegen 2009 nur punktuell genutzt. Per Jahresultimo besteht aus diesem Programm ein Umlauf von 45 Mio. € (Jahresultimo Vorjahr: kein Umlauf).

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Chancen- und Risikobericht und Geschäft und Rahmenbedingungen verwiesen.

Kennzahlen

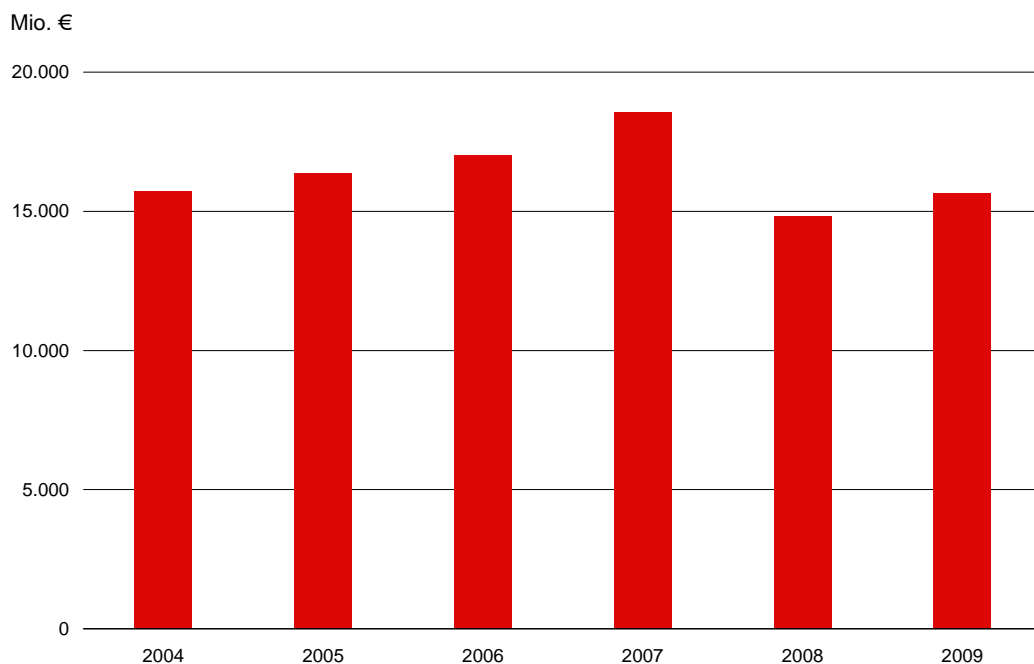
Der Return on Equity (RoE) für das Geschäftsjahr 2009 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 14,0% nach 16,6% im Vorjahr. Der erwartete Rückgang hängt hauptsächlich mit dem konjunkturbedingten Rückgang des Betriebsergebnisses nach Risikovorsorge und Bewertungen zusammen.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) ist mit 37,8% nach 37,3% im Jahr 2008 nahezu stabil geblieben. Die operativen Erträge und die Verwaltungsaufwendungen der Bremer Landesbank haben sich also im Jahr 2009 in einem ähnlichen Verhältnis zueinander entwickelt wie im Vorjahr.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und den Risikoaktiva) per 31.12.2009 beträgt 0,51% (Vorjahr: 0,07%). Der deutliche Anstieg resultiert aus der – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – konjunkturbedingten Zunahme der Risikovorsorgeaufwendungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,3 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,2 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 15,6 Mrd. € (Vorjahr: rd. 14,8 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,9% nach 13,5% zum Ende des Vorjahres. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Risikoaktiva und das Absinken der Gesamtkennziffer sind Ratingmigrationen und damit ein höherer sogenannter Shortfall für IRBA-Positionen.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva (bis 2007 nach Grundsatz I, ab 2008 nach Basel II)



Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude sowohl am Standort Bremen als auch am Standort Oldenburg zu tätigen. Am Standort Oldenburg werden die Baumaßnahmen im Jahr 2010 abgeschlossen. Für den Standort Bremen ist mit der Planung begonnen worden.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z.B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass die Bremer Landesbank mit ihren 971 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 0,9% (Vorjahr: 2,0%) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,9 Jahren (Vorjahr: 17,4 Jahre) widerspiegelt.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäfts zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung. Dies wird durch die regelmäßig sehr guten Ergebnisse bei externen Kundenzufriedenheitsanalysen untermauert.

Im Jahr 2008 hat das Geschäftsfeld stark an Prozessoptimierungen gearbeitet, um seinen Kunden ein qualitativ hochwertiges Leistungsangebot bieten zu können. 2009 wurde der Fokus auf die Intensivierung der Bestandskundenbeziehungen gelegt und durch eine Erhöhung der Besuchsfrequenz die Präsenz beim Kunden ausgebaut. Daneben konnten die Unsicherheiten über die Entwicklung einiger Wettbewerber zur Neukundengewinnung genutzt werden.

Ungeachtet des schwierigen konjunkturellen Umfeldes des Jahres 2009 konnten die Erträge im Firmenkundengeschäft gesteigert werden. Das Geschäftsfeld verzeichnete ein starkes erstes Halbjahr mit deutlichen Zuwächsen beim Kreditvolumen. Im zweiten Halbjahr dagegen haben viele Unternehmen mit Blick auf weiter unsichere Konjunkturaussichten Investitionsvorhaben aufgeschoben, dies führte zu einer abgeflachten Nachfrage nach Investitionskrediten.

Das Finanzierungsvolumen konnte trotz hoher planmäßiger Tilgungen stabil bei 4,1 Mrd. € gehalten werden.

Die in der Öffentlichkeit vielfach diskutierte Kreditklemme hat es für Firmenkunden der Bremer Landesbank zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die Bremer Landesbank hat ihr Augenmerk darauf gerichtet, ihren Kunden auch in schwierigen Zeiten als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen.

Viele Kunden – insbesondere diejenigen, bei denen sie Hausbankfunktion ausübt – haben dies mit einer stärkeren Nachfrage nach Cross-Selling-Produkten honoriert, sodass eine erfreuliche Entwicklung der Provisions- und Handelsergebnisse zu verzeichnen war. Insgesamt ist es gelungen, die gesetzten Ertragsziele, trotz widriger Umfeldbedingungen, zu erreichen.

Die Entwicklung für 2010 wird verhalten positiv eingeschätzt. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die sich abzeichnende Konjunkturerholung zügig eine Belebung der Investitionstätigkeit bewirkt.

Unter dieser Prämisse geht das Geschäftsfeld Firmenkunden davon aus, auch 2010 das Finanzierungsvolumen stabil halten zu können. Kreditgewährungen an Kunden werden verstärkt zur Erweiterung der Bankgeschäfte mit den Kunden genutzt, um damit das Cross-Selling-Ergebnis weiter auszubauen.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen. Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. In der Finanzmarktkrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Dies ist eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2009 insgesamt weiterhin positiv, in den Teilbereichen jedoch differenziert entwickelt. Die geplante Ertragsentwicklung konnte erneut erreicht werden. Insbesondere die Erneuerbaren Energien konnten Marktchancen nutzen und über Plan wachsen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat spürbare Auswirkungen auf das Segment Schifffahrt gehabt. Die Risikovorsorge nahm deutlich zu, blieb aber im Rahmen der Planungen.

Das Finanzierungsvolumen der einzelnen Schiffssegmente belief sich 2009 auf insgesamt rd. 5,5 Mrd. € (Vorjahr: 5,4 Mrd. €). Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Von der Kundschaft wurden 2009 substanzielle Ordervolumina storniert, gleichwohl stehen bis Mitte 2011 Ablieferungen aus kontrahiertem Geschäft an. Die Bank ist mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht mittelfristig von einer gemäßigten, aber spürbaren Markterholung aus. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein wieder zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften verzeichnete die Bremer Landesbank trotz dämpfender Konjunkturentwicklung Marktanteilszuwächse, sodass die Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften 2009 weiter ausgebaut und die Ertragssituation gestärkt werden konnte. Das Finanzierungsvolumen belief sich zum Jahresende auf 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €). Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzen-

terfunktion innerhalb des NORD/LB-Konzerns in diesem Teilsegment wahr und ist bei breiter Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften.

Der Finanzierungsbestand von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank betrug zum Bilanzstichtag rd. 982 Mio. € (Vorjahr: 961 Mio. €). Der deutliche Schwerpunkt der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzerfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der regenerativen Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. So konnte das Finanzierungsvolumen auf rd. 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €) zum Jahresende gesteigert werden. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2008 wider. Windkraft, Biogas und Photovoltaik können als Kernsegmente weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzerfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen der Bremer Landesbank sowie das Eigengeschäft der Bank bereit. Hinzu kommt das unter Verbundgesichtspunkten mit den Sparkassen der Region getätigte Refinanzierungsgeschäft sowie die konsortial eingegangenen Kreditfinanzierungen für Sparkassenkunden. Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund liegt in der Refinanzierung der öffentlichen Hand. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls durch das Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt. Detailinformationen hierzu sind im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen des Lageberichts enthalten.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Hauses bei.

Das Geschäftsvolumen im Interbankengeschäft wurde im Geschäftsjahr 2009 planmäßig reduziert.

Die Forderungen an Gebietskörperschaften und übrige kommunale Kunden wurden im Vergleich zum Jahresultimo des Vorjahres leicht erhöht.

Das langfristige Kreditvolumen für die 14 verbundenen Sparkassen entwickelte sich aufgrund der geringeren Refinanzierungsnachfrage rückläufig.

Die andauernden Verspannungen an den Geld- und Kapitalmärkten bestimmten im Verlauf von 2009 das durch hohe Volatilitäten gekennzeichnete Marktgeschehen.

Die Steuerungs- und Vertriebsaktivitäten der Handels- und Sales-Einheiten verliefen positiv, wobei die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken und die Sicherstellung der Liquidität der Bank die Schwerpunkte des Handels bildeten.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten weiterhin hohe Umsätze und einen anhaltenden Beratungsbedarf bei allen Geld-, Devisen- und Derivateprodukten. Dadurch ergaben sich auch positive Effekte auf das erfreuliche operative Handelsergebnis des Geschäftsfeldes.

Das Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde im Geschäftsjahr 2009 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es wiederum gelungen, das Ergebnisniveau zu stabilisieren.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Im Kommunalkundengeschäft hat sich – bedingt durch den Wegfall von Mitbewerbern bzw. die Neuausrichtung der Geschäftsmodelle einzelner Landesbanken einerseits sowie das gute Standing am Pfandbriefmarkt andererseits – die Wettbewerbssituation im Berichtsjahr zugunsten der Bremer Landesbank verschoben. So gelang es, den Bestand an Forderungen auf der Ebene der kommunalen öffentlichen Haushalte und Zweckverbände um gut 6% auf mehr als 4 Mrd. € auszuweiten. Dabei lag der Zuwachs angesichts des historisch niedrigen Zinsniveaus vornehmlich bei den langfristigen Investitionsdarlehen.

Geschäftsfeld Privatkunden

In diesem Geschäftsfeld sind die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank rund um das Privatkundengeschäft zusammengefasst. Der Bereich besteht aus den Teilsegmenten Privatkundenbetreuung und Private Banking mit Standorten in Oldenburg und Bremen. Mit Abschluss der 2008 begonnenen Neuausrichtung des Geschäftsfeldes konnte eine Konzentration auf die Kernkompetenzen und die Grundlage für eine noch intensivere Betreuung der Zielgruppen erreicht werden. Neben den verantwortlichen Vertriebsseinheiten verfügt das Privatkundengeschäft über ein eigenes Asset Management und Finanzierungsmanagement. Über diese beiden Kompetenzcenter wird die Versorgung der Kunden mit leistungsstarken Finanzdienstleistungsprodukten sichergestellt. Das insgesamt betreute Volumen belief sich zum Jahresende 2009 auf rund 4 Mrd. €.

Die kontinuierliche Steigerung der Kundenzufriedenheit steht im Mittelpunkt der Anstrengungen. Dabei wird in hohem Maße in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter investiert und es werden hohe Maßstäbe an eine kompetente und verlässliche Kundenbetreuung gesetzt. Diese kompromisslose Kundenorientierung hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr dazu geführt, dass der Kundenbestand an den beiden Standorten Bremen und Oldenburg abermals deutlich mit über 1.000 Neukunden ausgebaut werden konnte.

Die Bank konnte im Jahr 2009 insgesamt ihre Spitzenposition im Private Banking weiter ausbauen und stellt damit nachhaltig unter Beweis, dass sie das hohe Niveau ihrer Beratungsleistung auch in turbulenten Phasen über Jahre zu halten vermag.

Mit seinem Asset Management konnte das Privatkundengeschäft 2009 die Leistungsfähigkeit in einem schwierigen Marktumfeld behaupten. Der mehrfach prämierte Investmentprozess (SIP[®]) wurde im letzten Jahr erheblich weiterentwickelt und bietet den Kunden einen deutlichen Mehrwert durch die Einbindung eines eigenen, hoch modernen quantitativen Prognoseverfahrens.

Das Finanzierungsgeschäft wurde zeitweilig durch die starken Refinanzierungsaufschläge in seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst. Die signifikanten Preisverwerfungen haben sich allerdings in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas entspannt. Zudem hat die allgemeine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes auch im Privatkundengeschäft zu einer erhöhten Risikoversorge geführt.

Die Aussichten für das Geschäftsjahr 2010 sind weiterhin schwer abschätzbar. Das fehlende Vertrauen in die wirtschaftliche Erholung und die Unsicherheit an den internationalen Kapitalmärkten führt auch im laufenden Geschäftsjahr zu einer hohen Verunsicherung und damit starken Zurückhaltung bei den privaten Investoren. Die Auswirkungen der Einführung des Beratungsprotokolls zum 01.01.2010 bleiben abzuwarten. Das Geschäftsfeld Privatkunden konzentriert sich unverändert auf seine Zielkunden und setzt die Weiterqualifizierung der Mitarbeiter fort. Darüber hinaus werden die Kunden verstärkt bei der Umsetzung energetischer Maßnahmen beraten und begleitet. Als erster Ansprechpartner für die private Seite des Unternehmers unterstützt das Geschäftsfeld Privatkunden die Bank bei der Positionierung als Unternehmerbank. Damit wird der Anspruch als regionaler Marktführer für anspruchsvolle Kunden in einem weiterhin wachstumsstarken Markt im Nordwesten untermauert.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erneut gute Ergebnis des Jahres 2009 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank mit Spezialitäten – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem konjunkturellen Umfeld ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2010 und 2011 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

5. Chancen- und Risikobericht

Gesamtbanksteuerung

Gesamtbanksteuerung – Risikostrategie

Das Berichtsjahr war trotz der sich abzeichnenden Stabilisierung der Märkte geprägt von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Hier hat sich für die Bremer Landesbank die Bedeutung des funktionierenden und ausgereiften Risikosteuerungssystems gezeigt.

Die Bremer Landesbank verfügt über angemessene Systeme und Prozesse der Risikosteuerung, die insbesondere auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen. Das Instrumentarium zur Risikosteuerung wird sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert. Die Prozesse werden im Rahmen des Internen Kontrollsystems kontinuierlich überwacht.

Die Verantwortung gegenüber ihren Gläubigern verpflichtet die Bank zudem zu einer konservativen Risikopolitik und einer konsequenten Risikosteuerung, deren Rahmenbedingungen vom Vorstand vorgegeben werden. Dieser trägt auch die Gesamtverantwortung für die Risikosteuerung.

Für die wirkungsvolle Risikosteuerung ist die risikobewusste Unternehmenskultur innerhalb der Bank von entscheidender Bedeutung. Sie stellt den notwendigen Rahmen für den kompetenten Umgang mit Risiken dar und fördert die aktive Bereitschaft aller Mitarbeiter, Risiken zu erkennen, zu kommunizieren und risikobewusst zu handeln.

Diese Risikokultur äußert sich in den risikobewussten Einstellungen, den Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter, die durch die Unternehmensphilosophie und den Führungsstil bewusst zusätzlich gefördert werden. Dabei spielt die klare Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Bremer Landesbank eine große Rolle. Durch die Sicherstellung einer funktionierenden horizontalen und vertikalen Kommunikation wird die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für Risiken in der Bremer Landesbank und ihren Geschäftsabläufen zusätzlich unterstützt.

Basierend auf der Gruppenrisikostrategie des NORD/LB-Konzerns, der Geschäftsstrategie und einem integrierten Strategie- und Planungsprozess wird vom Vorstand eine gesamtbankweite Risikostrategie festgelegt. Sie orientiert sich an den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Risikostrategie wird mindestens im jährlichen Turnus überprüft, ggf. adjustiert sowie dem Aufsichtsrat (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss) zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert. Die Risikostrategie dient als Leitlinie für den gesamten Bremer Landesbank-Konzern. Sie enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses sowie Risikoteilstrategien zu den wesentlichen bankspezifischen Risikoarten. Basierend auf der Ist-Situation und unter Berücksichtigung der geplanten Geschäftstätigkeit legt die Risikostrategie ihren Fokus auf die zukunftsgerichtete Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Der Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements wird auf der Grundlage des § 25a KWG von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgegeben.

Gesamtbanksteuerung – Risikotragfähigkeit

Das Risikotragfähigkeitsmodell (RTF-Modell) bildet die methodische Basis für das Monitoring der Risikostrategie. Es stellt in aggregierter Form die Risiken („Risikopotenzial“) dem Risikokapital der Bremer Landesbank gegenüber.

Das Modell beinhaltet vier Stufen. Die ersten drei Stufen (A-/B-/C-Case) sind intern definiert und dienen als Frühwarnindikatoren. Mit der vierten Stufe werden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen gemäß Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) umgesetzt. Im ICAAP wird auf das aufsichtsrechtliche Kapital und in den internen RTF-Stufen auf freie Kapitalteile, d.h. auf die über die aufsichtlichen Mindestanforderungen hinausgehenden Eigenmittel referenziert. Um die Angemessenheit der Kapitalausstattung zu sichern, legt die Bremer Landesbank fest, dass der Risikodeckungsgrad auf jeder Stufe des Modells nicht unter 125% sinken soll.

Die strategische Allokation des Risikokapitals auf die einzelnen Risikoarten stellt die folgende Tabelle dar. In Kombination mit dem Primärkriterium der Risikostrategie, dass die mittels des Risikotragfähigkeitskonzeptes ermittelten Risikodeckungsgrade auf jeder Stufe das Niveau von 125% nicht unterschreiten sollen, bildet dieses Sekundärkriterium der Risikostrategie das Kernelement des Abgleichs zwischen den konkreten Geschäftsaktivitäten mit den Vorgaben der Risikostrategie.

Risikoart	Allokation auf Risikokapital
Kreditrisiken	max. 70%
Beteiligungsrisiken	max. 2%
Marktpreisrisiken	max. 16%
Liquiditätsrisiken	max. 5%
Operationelle Risiken	max. 7%

Im Berichtsjahr hat die NORD/LB in Zusammenarbeit mit der Bremer Landesbank eine grundlegende Analyse ihres RTF-Modells vorgenommen. Im Mittelpunkt der sich daran anschließenden, noch laufenden Überarbeitung steht neben einer weiteren Verbesserung der Gesamtbanksteuerung insbesondere die Umsetzung der Anforderungen der MaRisk-Novelle hinsichtlich einer erweiterten Darstellung von risikoartenübergreifenden Stresstests sowie einer detaillierteren gruppenweiten Risikosteuerung.

Das zukünftige Modell der NORD/LB-Gruppe wird weiterhin mehrere Szenarien umfassen und zum Nachweis der Kapitaladäquanz sowie der Konsistenz der Geschäftsaktivitäten mit der Risikostrategie dienen. Zusätzlich wird jedoch die Einhaltung der aufsichtlich vorgegebenen Eigenmittelquote als strenge Nebenbedingung für die Gesamtbanksteuerung in das RTF-Modell integriert sowie eine ausführlichere Beurteilung der Risikosituation unter Berücksichtigung von risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien vorgenommen.

Die Einführung des weiterentwickelten RTF-Modells ist im Jahr 2010 sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute vorgesehen.

Die Risikotragfähigkeit der Bank war im Jahr 2009 trotz der sich im Portfolio auswirkenden Folgen der Wirtschaftskrise durchgehend gewährleistet. Die folgende Tabelle zeigt die Auslastung des vorhandenen Risikokapitals mit dem Risikopotenzial in der ICAAP-Variante. Die negative Auswirkung der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, insbesondere auf das Schiffsfinanzierungsportfolio, spiegelt sich im erhöhten Kreditrisikopotenzial wider. Aus diesem resultiert insbesondere der im Vergleich zum Vorjahr gesunkene Deckungsgrad.

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals im ICAAP

in Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2009		31.12.2008	
Risikokapital	1.853,1	100,0%	1.998,6	100,0%
Kreditrisiken	894,7	48,3%	579,9	29,0%
Beteiligungsrisiken	19,7	1,1%	22,8	1,1%
Marktpreisrisiken	27,8	1,5%	76,4	3,8%
Liquiditätsrisiken	0,1	0,0%	20,0	1,0%
Operationelle Risiken	55,1	3,0%	52,4	2,6%
Risikopotenzial gesamt	997,4	53,8%	751,4	37,6%
Überdeckung	855,7	46,2%	1.247,2	62,4%
Risikodeckungsgrad		185,8%		266,0%

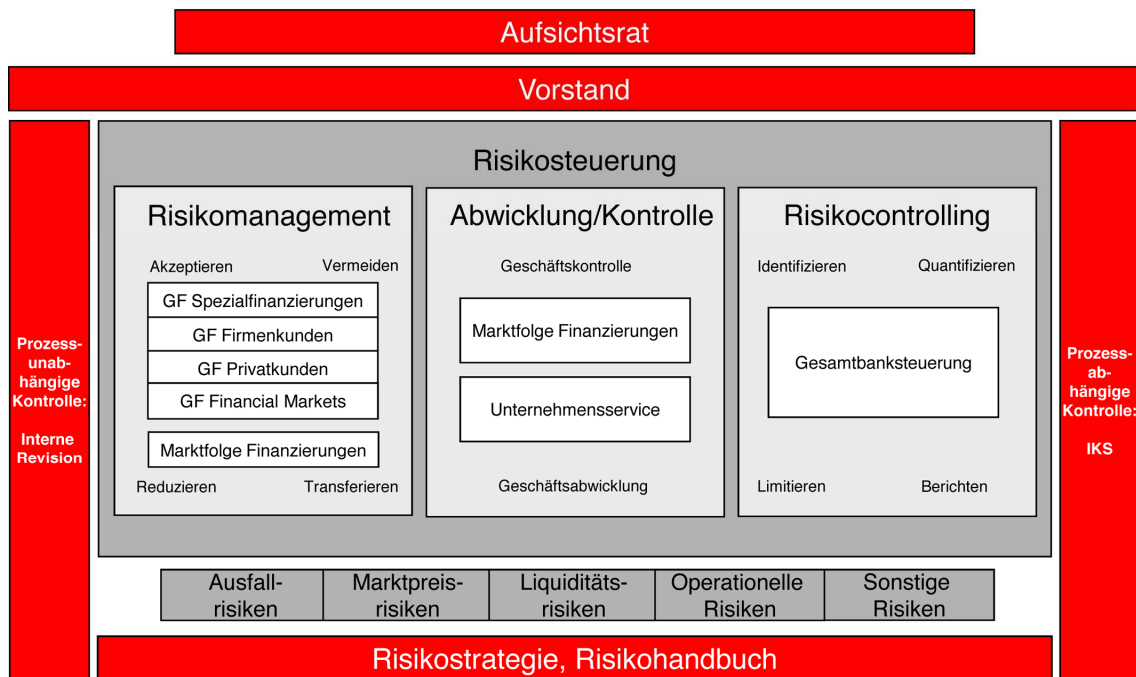
(Anpassung der Werte per 31. Dezember 2008 aufgrund methodischer Änderungen.)

Ausgehend von der Risikotragfähigkeit und unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Ergebnisplanungen erfolgt neben der Risikokapitalallokation für die Risikoarten auch die strategische Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva (RWA). Dies wird monatlich im Risikobericht überwacht. So können frühzeitig Risikoaktiva für die betroffenen Geschäftsfelder reallokiert und die Marktaktivitäten unterjährig im Kontext der Gesamtrisikosituation gesteuert werden.

Gesamtbanksteuerung – Aufbauorganisation

Die Bremer Landesbank hat eine Risikoorganisation implementiert, die den risikopolitischen Grundsätzen der Risikostrategie entspricht. Ihr Aufbau gewährleistet dauerhaft ein geregeltes Zusammenspiel aller am Risikosteuerungsprozess beteiligten Bereiche. Des Weiteren sorgen effiziente Risikomanagement- und -controllingprozesse mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen für einen reibungslosen Ablauf – unterstützt durch eine adäquate IT-Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter.

Risikosteuerungssystem in der Bremer Landesbank



Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Dafür entwickelt es die Methoden, implementiert die notwendigen Systeme, überwacht den gesamten Risikosteuerungsprozess und berichtet über die Risiken. Die Zeitintervalle der Berichterstattung orientieren sich an der Dynamik der jeweiligen Risikoarten. Dem Vorstand werden monatlich im Rahmen der Risikoberichterstattung ein Risikobericht und ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht) vorgelegt. Der Risikobericht umfasst die Risikotragfähigkeit sowie Risikopotenziale und eine Risikostrukturanalyse über alle Risikoarten. Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder auch sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation informiert, darüber hinaus wird auch der Aufsichtsrat in seinen halbjährlich stattfindenden Sitzungen über die Risikolage informiert.

Das aktive Risikomanagement wird von den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen umgesetzt.

Die Organisationseinheit (OE) Marktfolge Finanzierungen ist eine von den Markt Bereichen unabhängige Instanz, die die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene überwacht. Die mit den Einzelkrediten in Zusammenhang stehenden administrativen Tätigkeiten werden ebenfalls von dem Bereich Marktfolge Finanzierungen durchgeführt. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt,

Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Risikocontrolling.

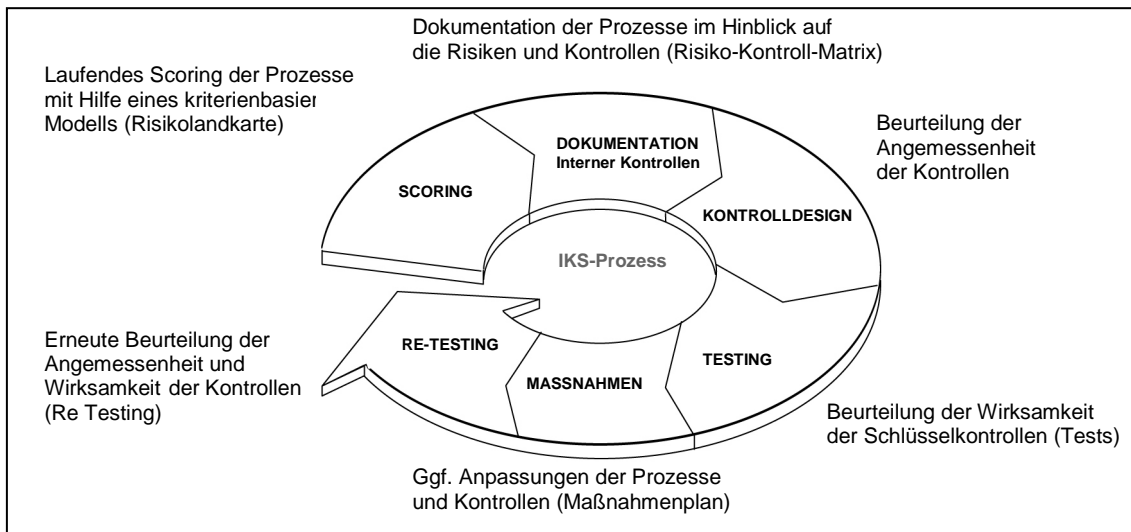
Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit der gesamten Risikosteuerung erfolgt durch die Interne Revision. Als ein Instrument des Vorstands ist sie Bestandteil des internen Überwachungssystems. Zu den Zielen der Internen Revision zählt auch, einen Beitrag zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu leisten. Weiterhin fördert sie die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gruppenweiten Überwachungsinstrumente arbeitet die Interne Revision der Bremer Landesbank auf Basis einer einheitlichen Revisionspolicy und einer Bewertungsmatrix für Prüfungsfeststellungen eng mit der Konzernrevision der NORD/LB und den Internen Revisionen der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypo zusammen.

Gesamtbanksteuerung – Internes Kontrollsystem

Im Hinblick auf die kontinuierliche Optimierung der Risikoorganisation erfolgte u.a. eine Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems mit dem Ziel, eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation zu schaffen. Dem Internen Kontrollsystem (IKS) werden hierzu sämtliche organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen zugeordnet. Sie ermöglichen eine umfassende Kontrolle aller relevanten Geschäftsabläufe innerhalb der Bremer Landesbank. Diese Weiterentwicklung ist Teil des gruppenweiten IKS-Projekts.

In der Aufbauorganisation sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar verteilt. Die Fachbereiche führen die Kontrollen im Rahmen des Tagesgeschäftes durch. Die IKS-Evidenz liegt in der Organisation/Informatik. Sie entwickelt die Methoden und Instrumente weiter, beurteilt die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und leitet ggf. Maßnahmen ab.

Die sechs Phasen im IKS-Prozess (IKS-Regelkreis)



Um die Funktionstüchtigkeit des IKS sicherzustellen, werden regelmäßig die sechs Phasen des IKS-Regelkreises durchlaufen:

- Laufendes Scoring der Prozesse
- Dokumentation der Prozesse im Hinblick auf Risiken und Kontrollen
- Beurteilung der Angemessenheit der Kontrollen
- Beurteilung der Wirksamkeit der Kontrollen
- Ggf. Anpassungen der Prozesse und Kontrollen
- Erneute Beurteilung der Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen

Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS) sorgt für Prozesssicherheit, stellt die Verlässlichkeit der Finanzdaten sicher und minimiert wirtschaftskriminelles Handeln. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen werden Prozesswissen gesichert, Geschäftsabläufe optimiert und das Risikobewusstsein im Unternehmen erhöht. Damit trägt ein IKS zur Überlebensfähigkeit des Unternehmens bei.

Als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist die Bremer Landesbank gemäß § 289 Abs. 5 HGB verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die von dem Management im

Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem – auch im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Bremer Landesbank. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Geschäftsfelder eingebunden.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen in dem Finanz- und Rechnungswesen und den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und von vordefinierten Genehmigungsprozessen in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Gesamtbanksteuerung – Steuerung

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet. Diese versetzen die Bank in die Lage, latente Risiken im zeitlichen Vorlauf frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. So wird sichergestellt, dass die für die kritischen Erfolgsfaktoren der Bank relevanten risikobezogenen Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Es besteht aus den Reportings (Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und monatlichem Risikobericht) und den risikoartenspezifischen Methoden der Früherkennung.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt das dezentrale Risikomanagement in den Geschäftsfeldern.

Der Risikosteuerungsprozess ist aufgrund der bereichsübergreifenden Aufgaben und der sich in verschiedenen Bereichen ständig ändernden Parameter einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung unterworfen. Die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen umfassen organisatorische Maßnahmen, die Änderung von Verfahren der Risikoquantifizierung sowie die laufende Aktualisierung relevanter Parameter.

Die Verfahren zur Risikoquantifizierung innerhalb des NORD/LB-Konzerns werden mit dem Risikocontrolling der NORD/LB abgestimmt. Ziel ist die Anwendung grundsätzlich einheitlicher Methoden und Verfahren im NORD/LB-Konzern.

Neu entwickelte Produkte und Geschäftsideen werden über einen strukturierten Prozess eingeführt und ihre Auswirkungen auf die Risikosteuerung von Beginn an berücksichtigt.

Das Risikohandbuch trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei. Es bietet einen Überblick über das gesamte Risikosteuerungssystem und ist die Basis, um die für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins notwendige Transparenz zu schaffen. Konkretisierungen und Details werden in Arbeitsanweisungen, Organisationsrichtlinien bzw. Vorstandsbeschlüssen geregelt. Im Rahmen der ständigen Qualitätskontrolle werden die Regularien regelmäßig aktualisiert. Etwaige Änderungen im Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem werden in den jeweiligen Arbeitsanweisungen bzw. Handbüchern dargestellt.

Kreditrisiko

Kreditrisiko – Definition

Das Kreditrisiko ist Bestandteil des Adressausfallrisikos und bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt.

Neben das adressenbezogene Kreditrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Kapitaldienstleistungen das Länderrisiko, das die Gefahr beinhaltet, dass trotz Rückzahlungsfähigkeit und Rückzahlungswilligkeit des individuellen Kreditnehmers ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht (Transferrisiko).

Das Kontrahentenrisiko wird unter dem Oberbegriff der Kreditrisiken subsumiert und bezeichnet die Gefahr, dass durch den Ausfall eines Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn aus schwebenden Handelsgeschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann (Wiedereindeckungsrisiko)

oder dass im Rahmen eines Zug-um-Zug-Geschäftes bei einer bereits erbrachten Vorleistung durch den Ausfall des Kontrahenten die Gegenleistung nicht mehr erbracht wird (Erfüllungsrisiko).

Kreditrisiko – Strategie und Management

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität.

Kreditrisiko – Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Risikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotes als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotes für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der Bank zuständig.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) beziehungsweise dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrats hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Engagements außerhalb der Ratingklassen 1 bis 8 werden i.d.R. intensiver betreut bzw. ab der Ratingklasse 12 zur Sanierung in eine gleichnamige Gruppe abgegeben. Dieser Gruppe obliegt grundsätzlich die Entscheidung über die weitere Begleitung des Engagements bzw. die Kündigung und die Durchführung von Zwangsmaßnahmen.

Kreditrisiko – Analyse

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mit Hilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet.

Masterskala der Bremer Landesbank

IFD	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00%	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01%	
	1 (AA+)	0,02%	
	1 (AA)	0,03%	
	1 (AA-)	0,04%	
	1 (A+)	0,05%	
	1 (A)	0,07%	
	1 (A-)	0,09%	
Gut/zufriedenstellend	2	0,12%	
	3	0,17%	
Noch gut/befriedigend	4	0,26%	
	5	0,39%	
Erhöhtes Risiko	6	0,59%	
	7	0,88%	
Hohes Risiko	8	1,32%	Intensivbetreuung
	9	1,98%	
Sehr hohes Risiko	10	2,96%	
	11	4,44%	
	12	6,67%	
Default (=Non-Performing Loans)	13	10,00%	Sanierung
	14	15,00%	
	15	20,00%	
	16	100,00%	
	17	100,00%	
	18	100,00%	Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren, jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validie-

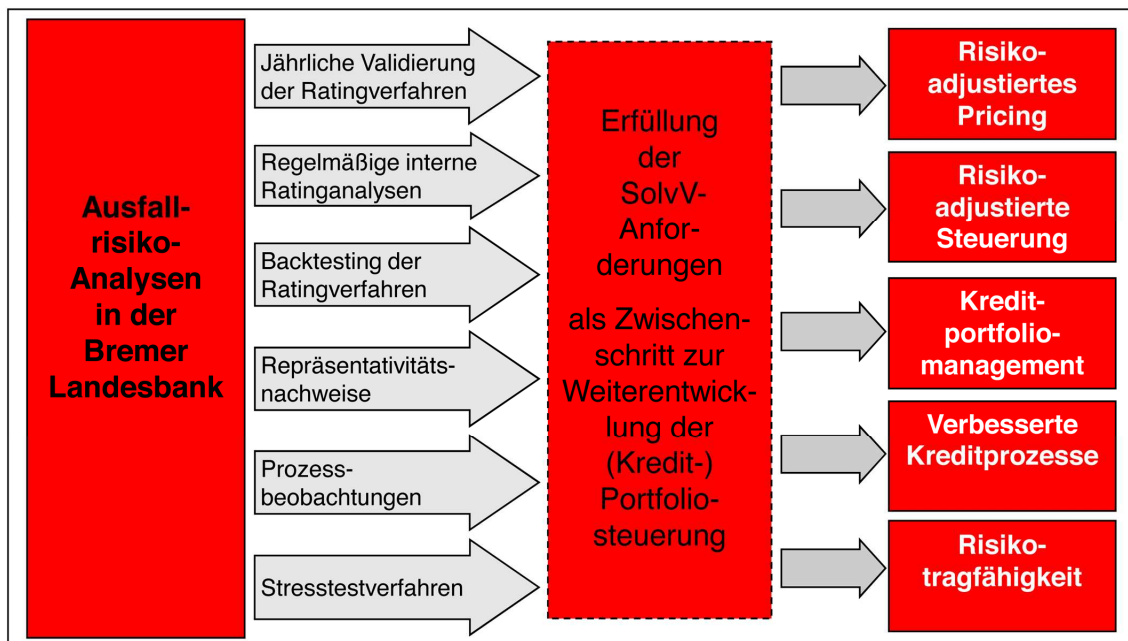
rung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine Beteiligung zusammen mit anderen Landesbanken. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung (Basel-II-Vorgaben).

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Ratingverfahren als Instrument des aktiven Risikomanagements



Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der S-Finanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mit Hilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie zum Beispiel Mieten und Charratern simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, die jedoch in Richtung einer Ratingverbesserung streng begrenzt sind. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2010 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGVO bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Einen Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit in der Schätzung von ausfallgefährdetem Volumen und Verlustquoten bilden.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Kreditrisiko – Steuerung

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen bzw. Warnhinweisen turnusmäßig oder aufgrund von Negativinformationen anlassbezogen eingesetzter

Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichtes oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst, die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert sowie Sanierungsbetreuer oder externe Berater hinzugezogen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung in die der „Marktfolge“ zugeordneten OE Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz o.Ä. ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Adressebene (LEM = Large Exposure Management) hat die Bank ein LEM-Limitmodell im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die als Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, ggf. ergänzt um indirekte Obligen, definiert sind. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-

Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Kreditrisiko – Sicherheiten

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsüberreibungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Kreditrisiko – Verbriefungstransaktionen

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt über eine unbedeutende Restposition, welche mit dem ratingbasierten Ansatz für Verbriefungen bewertet wird.

Des Weiteren ist die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) an der Stützungsaktion der

Sachsen LB im Rahmen eines Darlehens für die Zweckgesellschaft Sealink Funding beteiligt. Die mit diesem Darlehen verbundenen Risiken sind begrenzt. Die Position wird planmäßig abgebaut.

Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Kreditrisiko – Messung

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, das heißt in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet. Für Unerwartete Verluste steht ausreichend Eigenkapital zur Verfügung

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von unerwarteten Schäden (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung der Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Kreditrisiko – Berichterstattung

Das Risikocontrolling verfasst monatlich für den Vorstand einen Risikobericht, der alle wesentlichen Strukturmerkmale und Parameter darstellt und analysiert, die für die Steuerung des Kreditportfolios benötigt werden. Das gesamte Berichtswesen basiert auf dem „KRC-Datenpool“, der vom Risikocontrolling betrieben wird.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Risikocontrolling gebündelt, das im Rahmen seiner Berichterstattungspflichten auch für die notwendige Evidenz über das Kreditrisiko Sorge trägt.

Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

Die Risikoberichterstattung der Bank erfolgt nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten. Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider.

Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive AddOn und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche Kreditzusagen werden zu 75% in das Kreditexposure eingerechnet, während widerrufliche Kreditzusagen und Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2009 rd. 39.010 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresresultimo um rd. 4,6% gefallen.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGVO-Ratingmasterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Risikostruktur ^{1) 2)} in Mio.€	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivative ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2009	31.12.2008 ⁷⁾
Sehr gut bis gut	13.971	6.181	3.672	4.577	28.401	30.858
Gut/zufriedenstellend	3.598	137	82	615	4.432	4.875
Noch gut/befriedigend	2.707	–	24	408	3.139	3.648
Erhöhtes Risiko	899	–	16	93	1.008	705
Hohes Risiko	446	–	4	19	469	307
Sehr hohes Risiko	891	–	12	18	921	245
Default (= NPL)	600	8	5	26	640	276
Gesamt	23.113	6.326	3.815	5.756	39.010	40.914

¹⁾Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen Kreditzusagen i.d.R. zu 72% und die widerruflichen zu 5% einbezogen sind.

⁴⁾Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

⁷⁾Anpassung der Werte per 31. Dezember 2008 aufgrund methodischer Änderungen.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäfts bzw. des Geschäfts mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich jedoch 2009 die Risikostruktur des Kreditportfolios verschlechtert. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Der 2009 mehr als 10% eingebrochene Welthandel führte zu sinkenden Charterraten und Schiffspreisen, wodurch sich die Bonität vieler Reedereien verschlechterte.

Aufgrund der konservativen Finanzierungsstrukturen und der breiten Streuung des Portfolios in den verschiedenen Teilmärkten und Schiffsgrößen erwartet die Bremer Landesbank weiterhin nur eine begrenzte Realisierung der kalkulierten Ausfallrisiken. Für mögliche weitere Ausfälle hat die Bank durch die Bildung von Reserven nach § 340f HGB vorgesorgt. Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen in Mio.€	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2009	31.12.2008
Euro-Länder	21.725	5.772	2.891	5.585	35.974	37.671
Sonstiges Westeuropa	370	385	896	153	1.804	1.891
Osteuropa	50	9	0	4	63	126
Nordamerika	113	140	27	12	293	336
Lateinamerika	137	–	–	0	137	132
Naher Osten/Afrika	100	–	–	1	101	108
Asien	73	20	–	0	93	96
Übrige	545	–	–	–	545	553
Gesamt	23.113	6.326	3.815	5.756	39.010	40.914

Die Tabelle belegt, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank. Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen AddOns.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 38,25% zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Bedeutendste Kreditrisiken sind weiterhin das Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen in Mio.€	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2009	31.12.2008
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	3.938	5.022	3.463	2.501	14.923	15.993
Dienstleistungsgewerbe/ Sonstige	7.869	1.249	160	1.298	10.576	11.789
– davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.074	–	12	136	1.223	1.607
– davon öffentliche Verwaltung	3.171	1.249	124	887	5.431	4.978
Verkehr/ Nachrichtenübermittlung	7.567	9	132	84	7.793	7.988
– davon Schifffahrt	6.867	0	129	12	7.008	7.282
– davon Luftfahrt	118	–	0	0	118	148
Verarbeitendes Gewerbe	720	–	9	121	850	887
Energie-, Wasserversor- gung, Bergbau	1.607	–	10	1.489	3.107	2.605
Handel, Instandhaltung, Reparatur	919	7	34	116	1.077	1.259
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	130	–	6	79	214	264
Baugewerbe	362	–	1	68	431	129
Übrige	–	40	–	0	40	0
Gesamt	23.113	6.326	3.815	5.756	39.010	40.914

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2009 deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Krise in den Schifffahrtsmärkten zurückzuführen (Verkehr/Nachrichtenübermittlung: EWB-Bestand 2009: 49 Mio. €; Vorjahr: 5 Mio. €). Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand (2009 164 Mio. €; Vorjahr: 97 Mio. €) zur Summe der Exposures (2009 39.010 Mio. €; Vorjahr: 40.914 Mio. €) beträgt 0,42% (Vorjahr: 0,23%). Der Anteil der Non-Performing Loans (2009 640 Mio. €; Vorjahr: 276 Mio. €) am Gesamtexposure beträgt 1,64% (Vorjahr: 0,67%). Die Non-Performing Loans sind zu 25,6% (Vorjahr: 35,1%) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kredit-geschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rück- stellungen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	15.405	2.515	6.851	1.144	148	0	5.855	14
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	139.586	134.391	64.056	59.304	1.819	1.014	5.557	-2.984
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	123.262	7.547	48.815	5.161	3.334	23	46.965	2.045
Verarbeitendes Gewerbe	24.858	10.352	12.062	7.862	3.242	2.903	4.539	3.470
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	345	1.053	60	532	1.050	0	579	4
Handel, Instandhaltung, Reparatur	24.236	18.669	14.059	11.240	893	1.173	2.538	-4.681
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	5.456	4.612	2.614	2.292	2.273	2.837	-242	-1.829
Baugewerbe	24.267	17.708	15.050	9.353	8.469	9.357	4.809	-5.775
Übrige	-	0	-	0	0	0	-	-208
Gesamt	357.416	196.848	163.568	96.888	21.229	17.308	70.601	-9.944

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen vor Wertberichtigungsbedarf mit Wertminderungen.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kredit-geschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rückstellungen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Euro-Länder	354.140	195.529	161.769	96.298	21.166	16.410	70.227	-8.534
Sonstiges Westeuropa	426	704	388	352	-	771	-736	-59
Osteuropa	66	66	-	-	63	126	-63	64
Nordamerika	2.783	-	1.411	-	-	-	1.411	-1.161
Lateinamerika	-	549	-	238	-	-	-238	0
Naher Osten / Afrika	-	-	-	-	-	-	-	0
Asien	-	-	-	-	-	-	-	-46
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-208
Gesamt	357.416	196.848	163.568	96.888	21.229	17.308	70.601	-9.944

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Analog der Basel-II-Definition geraten Forderungen in der Bremer Landesbank dann in Verzug, wenn vereinbarte Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾	
	2009	2008
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	8.380	22.476
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	19.594	34.699
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	233.646	1.369
Verarbeitendes Gewerbe	1.778	324
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	12.468	1.889
Handel, Instandhaltung, Reparatur	548	13.182
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	2.715	3.140
Baugewerbe	3.371	1.644
Übrige	-	-
Gesamt	282.500	78.723

¹⁾Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen.

²⁾Forderungen der Risikoklassen 16, 17 und 18, die nicht wertgemindert sind, auch hier EAD.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾	
	2009	2008
Euro-Länder	272.435	56.444
Sonstiges Westeuropa	9.773	22.279
Osteuropa	–	–
Nordamerika	–	–
Lateinamerika	293	–
Naher Osten / Afrika	–	–
Asien	–	–
Übrige	–	–
Gesamt	282.500	78.723

¹⁾Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen.

²⁾Forderungen der Risikoklassen 16, 17 und 18, die nicht wertgemindert sind, auch hier EAD.

Aufgeteilt nach Altersstruktur ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden, die der Ratingklasse 16 bis 18 zugeordnet sind. Diese Engagements unterliegen entsprechend der Bonitätseinstufung einer Intensivbetreuung.

Überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten in Mio. €	Verzug ≤ 90 Tage		Verzug > 90 Tage, ≤ 180 Tage		Verzug > 180 Tage		Gesamt		Fair Value der Si- cherheiten überfäl- liger, nicht wertge- minderter Finanzin- strumente	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	Forderungen an Kunden	209	22	19	25	54	32	283	79	186

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in der Bank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Die folgende Tabelle zeigt wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte zu den Stichtagen.

Des Weiteren wird ersichtlich, dass der Buchwert nach Wertminderung weitestgehend durch den Fair Value der Sicherheiten abgedeckt wird.

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten in Mio. €	Betrag vor Wert- minderung		Betrag der Wert- minderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Si- cherheiten wertge- minderter Instrumen- te	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Forderungen an Kunden	357	197	160	97	197	100	179	96
Forderungen an Kreditinstitute	26	–	3	–	22	–	–	–

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Kreditrisiko – Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2010 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Die auch im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Die Bank rechnet in den Jahren 2010 und 2011 mit weiteren Belastungen in Form erforderlicher Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft, insbesondere in den Schiffsfinanzierungen.

Beteiligungsrisiko

Beteiligungsrisiko – Definition

Das Beteiligungsrisiko ist Bestandteil des Adressausfallrisikos. Es bezeichnet das Risiko der Verlustentstehung aus der zur Verfügungstellung von Eigenkapital an Dritte.

Beteiligungsrisiko – Strategie und Management

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaften sind in die Unternehmensstrategie eingebunden und nehmen am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgt durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der maßgeblichen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Beteiligungsrisiko – Aufbauorganisation

Das Management der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Beteiligungsrisiko – Messung

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gem. § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Das Risikopotenzial wird auf der Grundlage der Beteiligungsbuchwerte und der zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeit nach den Methoden der Ausfallrisikomessung quantifiziert.

Beteiligungsrisiko – Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen Gesamtrisikobericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch 2009 weiter vorangetrieben.

Beteiligungsrisiko – Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios wird auch 2010 konsequent fortgesetzt.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko – Definition

Als Marktpreisrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Die Bank unterscheidet das Marktpreisrisiko in Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch, Währungsrisiko, Aktienkurs- und Fondspreisrisiko, Volatilitätsrisiko und Rohwarenrisiko. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz.

Das Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios sensitiv auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko). Letzteres resultiert aus Veränderungen des für den jeweiligen Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldner (bei Kreditderivaten) gültigen Zinsaufschlags, der im Rahmen der Marktbewertung der Position auf den risikolosen Zinssatz addiert wird.

Währungsrisiken (oder Wechselkursrisiken) liegen vor, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios sensitiv auf Veränderungen von einem oder mehreren Devisenwechsellkursen reagiert und die Veränderung der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen kann.

Aktienkursrisiken bestehen immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios sensitiv auf Veränderungen von einem oder mehreren Aktienkursen bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können. Fondspreisrisiken folgen aus einer sensitiven Reaktion des Wertes einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Fondspreisen.

Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

Offene Positionen in Rohwaren werden nicht geführt.

Marktpreisrisiko – Strategie und Management

Im Rahmen der Steuerung der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung in den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden. Daneben werden auch Eigenhandelsaktivitäten ausgeübt und strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind im Jahr 2009 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Marktpreisrisiko – Aufbauorganisation

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches u.a. die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Serviceleistungen erbringen der Bereich Unternehmensservice und die Gruppe Financial Markets Zentrale Aufgaben. Das Risikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisiko-Management-Bereichen. Das Risikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiko – Messung

Für das Management und die Überwachung von Marktpreisrisiken werden für alle Portfolien Value-at-Risk-(VaR-)Verfahren eingesetzt.

Die Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen erfolgt mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Dabei kommen konzerneinheitlich ein einseitiges Konfidenzniveau von 95% und eine Haltedauer von einem Handelstag zur Anwendung. Grundlage der Analyse sind die historischen Veränderungen der Risikofaktoren über die letzten zwölf Monate. Die Modelle berücksichtigen direkt oder indirekt Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren, den Risikoarten, den Währungen und den Teilportfolien.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs werden aktuell nicht mit Hilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens gesteuert, sondern über eine Szenario-Analyse ermittelt und separat limitiert. Durch die Marktverwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende stark verminderte Marktliquidität im Wertpapierhandel führt die Modellierung der betroffenen Anlagebuchpositionen über einen Value-at-Risk-Ansatz zwangsläufig zu sehr volatilen Risikowerten. Daher erweist sich die Steuerung des auf eine Buy&Hold-Strategie ausgelegten Portfolios anhand der Szenario-Analysen als stabiler.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Risikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt.

Parallel zur Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen werden täglich die Auswirkungen von Stress-Szenarien auf die Positionen der Handelsbereiche und der Gesamtbankdisposition berechnet. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stress-Parameter definiert.

Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und ggf. der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Marktpreisrisiko – Berichterstattung

Den MaRisk entsprechend berichtet das von den positionsverantwortlichen Bereichen unabhängige Risikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung enthalten ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs. Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung wird der Gesamtvorstand umfassend über die Marktpreisrisiken und die Ergebnislage informiert, die Information des AAKA erfolgt fünfmal jährlich. Im Berichtsjahr 2009 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 29%, die der Gesamtbankdisposition 9%.

Marktpreisrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

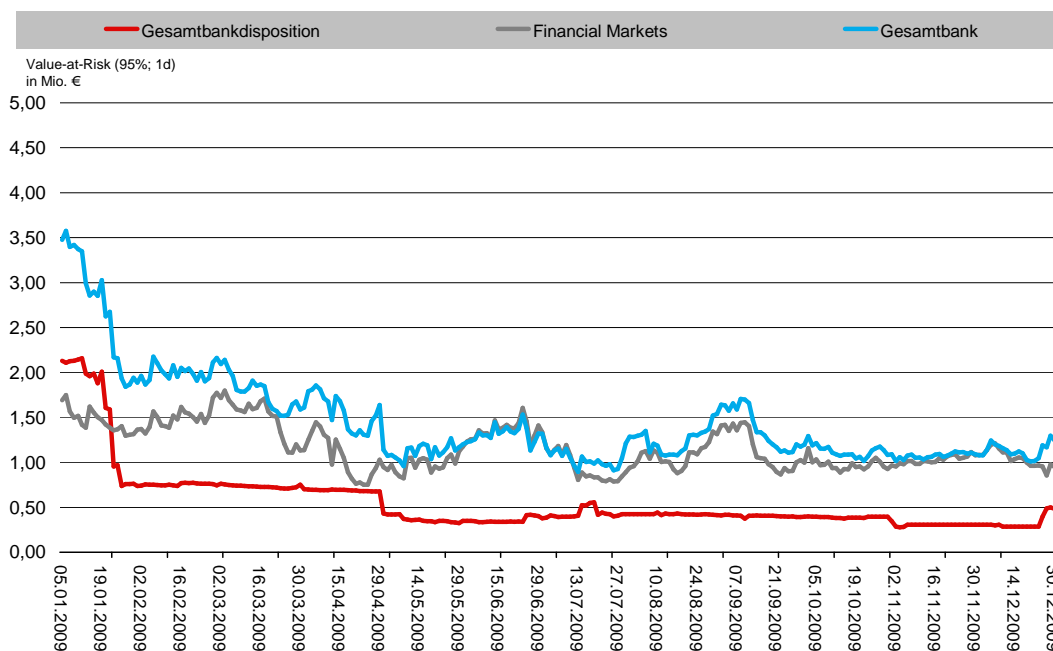
In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

Marktrisiken – Überblick:

Marktrisiken in T€	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinsrisiko (VaR)	3.189	3.319	1.494	2.696	1.019	1.859	1.285	2.908
Währungsrisiko (VaR)	218	193	66	52	16	5	28	52
Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR)	1.364	1.591	186	1.073	95	787	164	1.318
Gesamt	3.575	4.390	1.456	3.348	892	2.044	1.244	3.416

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2009 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

Marktrisiken Value-at-Risk-Verläufe

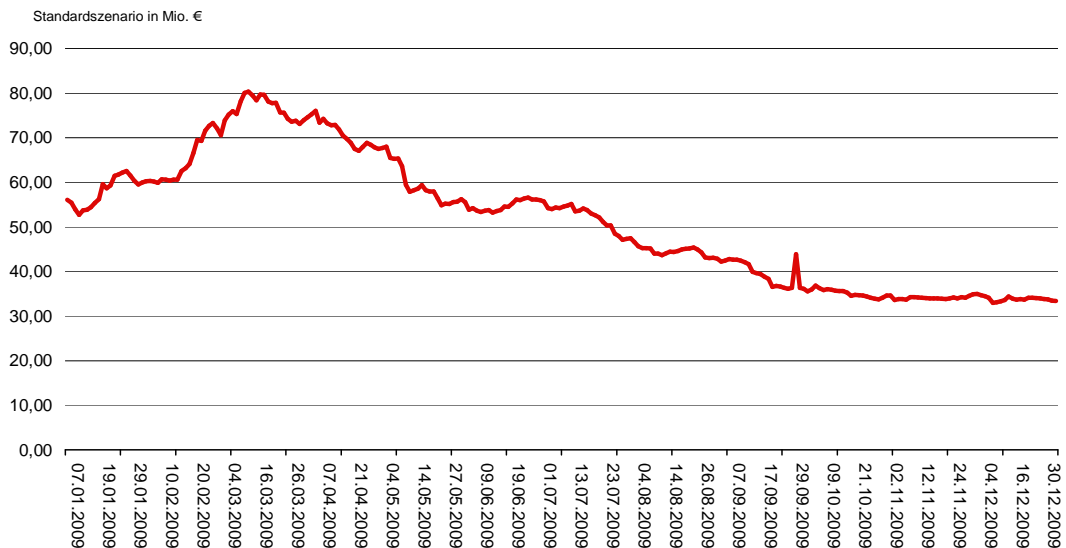


Die Auslastung des Marktpreisrisiko-Limits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 15% (die maximale Auslastung betrug 40%, die minimale Auslastung 9%). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95% und Haltedauer von einem Tag) der Bank 1,24 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2009 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 22 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 9,6 Mio. € bei einem Minimum von 3,3 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 12,4 Mio. €.

Unter der Finanzmarktkrise hat sich für die Bank das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit Investment Portfolio seit Mitte 2007 deutlich erhöht und betrug gemäß Szenarioansatz am 31. Dezember 2009 33 Mio. €. Dabei erfuhr das Risiko im März 2009 seinen bisherigen Höchststand und unterliegt in den letzten neun Monaten einer kontinuierlichen Reduktion, die mit der Beruhigung und Stabilisierung der Märkte einherging. Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch im Jahr 2009



Des Weiteren wird monatlich der von Basel II unterstellte Zinsschock berechnet. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte (BP) nach oben und 190 BP nach unten für das Berichtsjahr 2009. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Im Berichtsjahr 2009 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 0,63%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Outlier-Bank“ entfernt ist. Gemäß MaRisk dürfen Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht mehr in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen werden. Die konzeptionelle Lösung dieser Änderung liegt vor und wird im Rahmen des neuen RTF-Konzeptes eingeführt.

Marktpreisrisiko – Ausblick

Die Bank strebt im Jahr 2010 gemeinsam mit der NORD/LB die Weiterentwicklung des Konzern-Value-at-Risk-Modells für Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs an, insbesondere bezüglich der Modellierung von weniger liquiden Positionen.

Darüber hinaus wird die Bank das Marktpreisrisikomodell überprüfen und weiter entwickeln, inwieweit ein Wechsel der Grundmethodik – z.B. zu einer historischen Simulation – sinnvoll sein kann.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko – Definition

Liquiditätsrisiken umfassen Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit- oder Einlagengeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Es wird zwischen klassischem Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterschieden.

Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die Bank aufgrund von unerwarteten Ereignissen im Kredit- oder Einlagengeschäft Liquidität aufnehmen muss oder dass ihr potenzielle Verluste entstehen, die aus fremdinduzierten Störungen in der Liquidität der Geldmärkte resultieren. Der Fokus liegt auf der kurzfristigen Betrachtung (bis 1 Jahr).

Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich für die Bank durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch die anderen Marktteilnehmer. Es erfolgt eine Betrachtung des gesamten Laufzeitpektrums.

Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die die Bank zu tragen hat, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Das Marktliquiditätsrisiko wird zurzeit im Bereich Marktpreisrisiken subsumiert.

Liquiditätsrisiko – Strategie und Management

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristen transformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditätsspreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Liquidity Policy der Bank dokumentiert die Grundsätze der Liquiditätssteuerung und damit die strategischen Rahmenrichtlinien zur Sicherstellung der ausreichenden Liquidität. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy wird jährlich überarbeitet.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und das Management im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt.

Liquiditätsrisiko – Aufbauorganisation

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geldhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geldhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von liquiditätsrisikotragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und gegebenenfalls über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Risikocontrolling ist an der Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken maßgeblich beteiligt. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling.

Das Meldewesen ermittelt und überwacht die Auslastung gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Für den Notfall einer Liquiditätskrise steht ein Krisenstab Liquidity Management bereit, der dann in enger Abstimmung mit dem Vorstand die Liquiditätssteuerung übernimmt.

Die Hauptaufgaben des im September 2008 institutionalisierten Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Fundingaktivitäten eine besondere Bedeutung zu.

Liquiditätsrisiko – Messung

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein.

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2009 durchgängig erfüllt.

Mit den Instrumenten des LST (Liquidity Stress Tests) werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dieses bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert.

Mittels Current-Case-Szenarien (CC-Szenarien) werden Zahlungsströme von verschiedenen Produkten sowie Neugeschäfts- und Refinanzierungspotenziale simuliert. Mit den CC-Szenarien können die Auswirkungen von erwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank durchgespielt werden. Dieses Instrument bietet der Bank die Möglichkeit, zu planen und das Neugeschäft im Kontext bestehender Vorratsliquidität und eines beeinträchtigten Refinanzierungsmarktes auszusteuern und Liquiditätsengpässe zu verhindern.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert, welches über ein Ampelsystem auf die Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung die notwendigen Steuerungsmaßnahmen induziert.

Das Refinanzierungsrisiko analysiert die Bank, indem die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditätsspreads (Spread-Parameter) ermittelt werden. Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird dem vom Vorstand allokierten Risikokapital gegenübergestellt und limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indeckungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

In Anbetracht des sich abzeichnenden Trends an den relevanten Kapitalmärkten zur gedeckten Refinanzierung hat die Bremer Landesbank mit der Formulierung einer Funding- und Collateral-Management-Strategie reagiert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird.

Die Risiken, die sich aus der Konzentration der Liquiditäts-Gaps in Höhe und Laufzeit ergeben, werden mit der Implementierung von Volumenstrukturlimiten begrenzt. Risikokonzentrationen in der Refinanzierungsstruktur werden im Rahmen der formulierten Funding-Strategie als Bestandteil der Liquidity Policy beachtet. Die Ziele der Funding-Strategie sind die Sicherstellung einer hinsichtlich der Laufzeiten und Währungen weitgehend kongruenten Refinanzierungsstruktur, die Optimierung der Fundingkosten sowie die Sicherstellung einer angemessenen Diversifikation der Funding-Basis.

Liquiditätsrisiko – Berichterstattung

Über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt die Berichterstattung durch den wöchentlichen Liquiditätsstatusbericht, welcher wechselweise zweiwöchentlich im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen des monatlichen Gesamtrisikoberichts informiert, der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss fünfmal jährlich. Im Risikobericht wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Die Liquiditätskennzahl wird täglich dem Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung gemeldet, während die Meldung an die Bundesbank monatlich erfolgt. Die Ergebnisse des Liquiditätsstresstest werden ebenfalls täglich den Liquiditätsmanagementeinheiten Geldhandel und Aktiv-Passiv-Management, die des Liquiditätsstatusberichtes zweiwöchentlich den Steuerungseinheiten im Bereich Financial Markets zur Verfügung gestellt. Im Dispositionsausschuss wird zweiwöchentlich die Liquiditätsablaufbilanz präsentiert und besprochen.

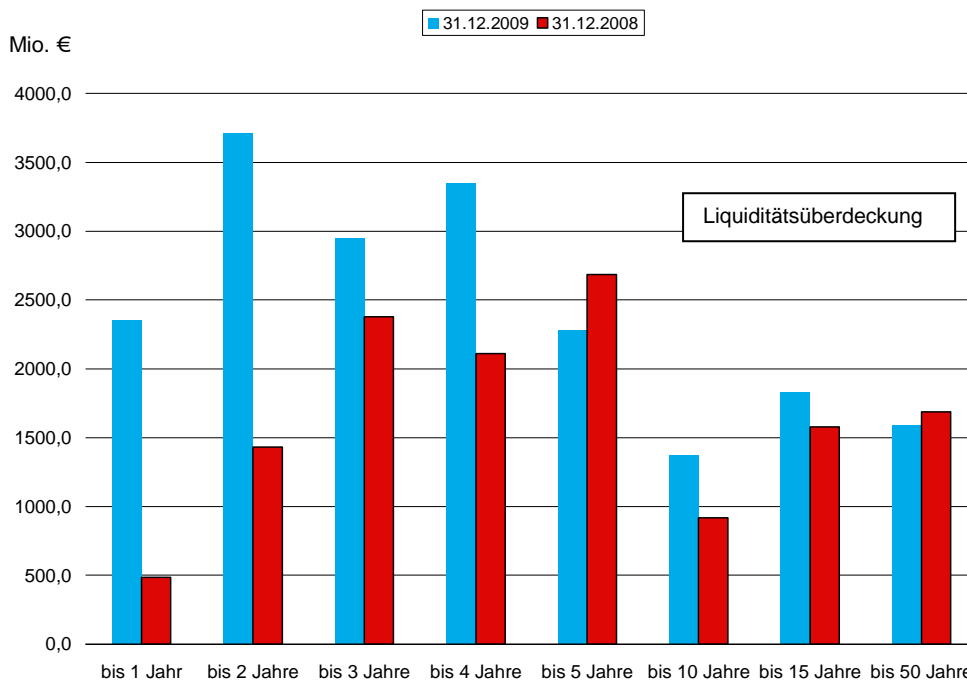
Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Dies zeigt sich an den im Vergleich zur Vorkrisenzeit veränderten Möglichkeiten zur Refinanzierung am Geld- und Kapitalmarkt.

Die Bank hatte im Jahr 2009 dennoch weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2009 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist. Darüber hinaus konnte die Bank ihre Liquiditätsbevorratung im Jahr 2009 kontinuierlich ausbauen.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2009, dass sich die kumulierten Abläufe insgesamt wesentlich verbessert haben. Insbesondere wurden die strategischen Liquiditätsvorräte im Laufzeitband bis vier Jahre im Vergleich zum Vorjahresresultimo erhöht.

Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten. Die Liquiditätskennzahl gemäß Grundsatz II/Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31.12.2009 betrug die Liquiditätskennzahl 1,81.

Die im Rahmen der Liquiditätsstresstests (LST) durchgeführten Szenarioauswertungen zeigen, dass die Liquiditätssituation der Bank auch durch unerwartete Ereignisse nicht gefährdet ist (durchgängig grüner Ampelstatus im Berichtsjahr, das heißt, die Anzahl der Tage mit positivem Liquiditätssaldo war stets größer als 180 Tage).

Liquiditätsrisiko – Ausblick

Mit der über den aufsichtsrechtlichen Rahmen hinausgehenden Steuerung des Liquiditätsrisikos wird sichergestellt, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen.

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Lichte der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Im Berichtsjahr 2009 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Dabei ist die Weiterentwicklung eng in die konzernweiten Projektvorhaben zum Liquiditätsrisikomanagement eingebunden.

Die Entwicklungen in 2010 sind darauf gerichtet, nach der krisenbedingten Risikovermeidung wieder die Chancenorientierung in der Liquiditätsbewirtschaftung stärker in den Fokus zu bringen.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko – Definition

Operationelle Risiken werden definiert als die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Diese Definition enthält neben Rechtsrisiken implizit auch Reputationsrisiken als Folge- oder Sekundärrisiken; nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

Operationelles Risiko – Strategie und Management

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z.B. in einem Internen Kontrollsystem, Notfallkonzepten für zeitkritische Prozesse und Aktivitäten oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Kontinuitätsmanagement der Bank wurde in einer Arbeitsanweisung grundsätzlich geregelt. Auf dieser Basis werden die zentralen und dezentralen Notfallpläne auf einheitlicher Basis laufend aktualisiert.

Um die erforderlichen Kenntnisse der Mitarbeiter zu sichern und den Qualifikationsstand laufend an die sich ändernden Anforderungen anzupassen, wird eine Vielzahl von internen und externen Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Notfallpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden aus dem Ausfall oder der Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Etwaigen kriminellen Handlungen wird in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Zur kontinuierlichen Verbesserung der Prävention gegen interne wie externe betrügerische Handlungen ist in der Bank die Aufgabe im Bereich Geldwäscheprevention angesiedelt. Zu den Aufgaben gehört u.a. nach § 25c KWG im Rahmen einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation entsprechende angemessene interne Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung von betrügerischen Handlungen vorzuhalten. Zu diesem Zweck wurde eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und im Dezember vom Vorstand genehmigt. Neben bereits eingeführten internen Grundsätzen und Sicherungssystemen ist die abschließende Umsetzung für das erste Quartal 2010 vorgesehen.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Festlegung von Leistungsverzeichnissen oder von Service-Level-Agreements und die anschließende Kontrolle sichergestellt.

Naturkatastrophen und Terroranschläge werden als höhere Gewalt definiert. Diese Gefahren werden im Rahmen des Notfall- und Kontinuitätsmanagements berücksichtigt.

Operationelles Risiko – Aufbauorganisation

In den Prozess der Steuerung der operationellen Risiken in der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankenbene fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für das Management der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen beziehungsweise Gesellschaften.

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling.

Operationelles Risiko – Messung

Seit 2003 sammelt die Bank Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Self-Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Self-Assessment erfolgt mittels eines generischen Fragenkatalogs, der sowohl qualitative als auch quantitative Fragen enthält.

Operationelles Risiko – Berichterstattung

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Self-Assessment werden analysiert und den zuständigen Bereichen kommuniziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt monatlich die Darstellung der Schäden und der Ergebnisse aus dem Self-Assessment sowie der Risiken. Bei der Ermittlung der Risiken wird seit 2008 eine VaR-Methode verwendet.

Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2009

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2009	Anteil 31.12.2008
Externe Einflüsse	14,0%	1,4%
Interne Abläufe	6,2%	1,6%
Mitarbeiter	79,8%	96,3%
Technologie	0,0%	0,7%

Die eingetretenen Schadensfälle werden als unwesentlich betrachtet.

Basierend auf den Ergebnissen des Self-Assessment und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank, geht die Bank davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht eintreten werden. Im Rahmen eines Insolvenzverfahrens von dem Insolvenzverwalter gerichtlich geltend gemachte Zahlungsansprüche in Höhe von insgesamt ca. 18,2 Mio. € zzgl. Zinsen hält die Bank nach wie vor für unbegründet; jedenfalls aber sind diese Ansprüche nicht geeignet, die Bank in ihrer Existenz zu gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2009 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Operationelles Risiko – Ausblick

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine konservative Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Die Risikodeckungsgrade befinden sich auf einem hohen Niveau; die Risikodeckung war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bremer Landesbank nicht. Dennoch spiegelt sich die Schiffskrise in der Entwicklung der Gesamtbankkennzahlen wider.

Im Jahr 2009 hat die Bank die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zum Eigenkapital und zur Liquidität erfüllt. Die Umsetzungserfordernisse aus der MaRisk-Novelle sind analysiert und werden planmäßig umgesetzt. Mit der Einführung des grundsätzlich überarbeiteten Risikotragfähigkeitskonzeptes und der anschließenden Dokumentation findet die Umsetzung im Laufe des Jahres 2010 ihren Abschluss.

Die Bank hat nach Wegfall der Gewährträgerhaftung zufriedenstellende externe Ratings erreicht (Moody's AA2, Fitch A). Hierbei soll die laufende Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme und -prozesse sowie deren konsequente Anwendung auch einen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Ratings leisten.

Ziel ist es weiterhin, die Steuerung des Kreditportfolios unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren. Dies geschieht im Einklang mit der strategischen Geschäftsausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

6. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Die weltwirtschaftliche Aktivität hat sich zu erholen begonnen und deutet nach wie vor vermehrt auf eine Rückkehr zu Wachstum hin. Auch die globalen Teuerungsraten weisen wieder positive Werte auf, da sich die negativen Basiseffekte im Zusammenhang mit der Rohstoffpreisentwicklung nun umkehren. Wenngleich die kurzfristigen Aussichten für die Weltkonjunktur allgemein günstig zu sein scheinen, bleibt die Stärke des Aufschwungs noch ungewiss. Die Risiken für die globalen Wirtschaftsaussichten sind weitgehend ausgewogen, so die Europäische Zentralbank in ihrem Monatsbericht Februar 2010.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Dezember, dass die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft sich in den letzten Monaten spürbar aufgehellt haben. Nach dem scharfen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat im Frühjahr 2009 – unterstützt durch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Impulse – ein Erholungsprozess eingesetzt, der in den nächsten beiden Jahren – wenn auch mit etwas reduziertem Tempo – anhalten dürfte. Während die Effekte der öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen nach und nach an Gewicht verlieren, gewinnen die marktendogenen Kräfte an Bedeutung. Gemäß diesem Basisszenario wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt nach einem Rückgang um 4,9% im abgelaufenen Jahr im Jahr 2010 um 1,6% und im Jahr 2011 um 1,2% erhöhen. Die Reaktion des Arbeitsmarktes auf den Konjunkturerinbruch ist bislang äußerst verhalten gewesen. Auch für die nächsten beiden Jahre ist kein abrupter Rückgang der Beschäftigung zu erwarten, sondern eher eine langgezogene Anpassung. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen kann unter diesen Bedingungen von 3,4 Millionen Personen in diesem Jahr über 3,8 Millionen im Jahr 2010 auf 4,2 Millionen im Jahr 2011 steigen. Das Preisklima bleibt günstig; die Verbraucherpreise erhöhen sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nur moderat, und zwar um 0,9% im Jahr 2010 und um 1,0% im Jahr 2011.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren nach wie vor empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Jahr 2010 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Finanzmarktkrise jedoch exzessive Übertreibungen verhindern wird.

Region

Bremen hat nach Ansicht der Handelskammer Bremen und der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven gute Chance angesichts der weltweit anziehenden Exportkonjunktur gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorzugehen. Die Aussichten für 2010 haben sich verbessert und die Konjunkturprogramme entfalten ihre Wirkung. Der Außenhandel sorgt wieder für Impulse, lediglich der private Konsum wird infolge steigender Arbeitslosigkeit weniger zum Wachstum beitragen können. Insgesamt wird das bremische Bruttoinlandsprodukt weiter wachsen.

Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer sieht viele Anzeichen dafür, dass der Tiefpunkt der Rezession vorbei ist und im Jahr 2010 eine leichte Erholung eintritt. Der Aufschwung ist aber noch nicht in Sicht. Die Konjunkturpakete wirken in der ersten Jahreshälfte 2010 noch nach, der Export wird wieder anziehen, die Umsatz- und Auftragslage befindet sich allerdings auf einem niedrigen Niveau. Dies wirkt sich im Jahr 2010 auf den Arbeitsmarkt und damit auch

auf den Konsum aus. 2010 ist ein Jahr mit großen Herausforderungen für die Wirtschaft, mittelfristig stimmen aber die Stärken des Oldenburger Landes – ein starker Mittelstand und eine gesunde Wirtschaftsstruktur – zuversichtlich.

Nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg hat die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg die Talsohle durchschritten. Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage und die Aussichten für die Zukunft wieder überwiegend positiv, wobei die Einschätzung nicht uneingeschränkt für alle Wirtschaftszweige gilt. Die größten Risiken sehen die Betriebe in der Entwicklung der Binnennachfrage, die besten Chancen im Wiederanziehen des Exportgeschäfts. Insgesamt wird allerdings mit negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region ist es nach wie vor unerlässlich, dass Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau der Küstenautobahn A 22, die innerostfriesische Anbindung und der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals weiter vorangetrieben werden.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem konjunkturellem Umfeld – insbesondere im Schifffahrtsbereich – ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2010 und 2011 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die Lage an den Kapitalmärkten hat sich zwar im Jahr 2009 stabilisiert, ist jedoch noch immer von Unsicherheit geprägt. Dies wird nach Ansicht der Bank vermutlich auch in den kommenden Jahren anhalten. Die stetig verbesserte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden dennoch Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens zur Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z.B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können. Für eventuelle aus dem konjunkturellen Abschwung resultierende Belastungen sieht sich die Bank als gut vorbereitet an.

Gesamtbanksteuerung

Die Grundzüge der wert- und risikoorientierten Steuerung in der Bremer Landesbank werden auch im kommenden Jahr Bestand haben, die Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. Neben einer weiteren empfangenorientierten Optimierung und Harmonisierung des Reportings wird hier das monatliche Berichtswesen um wesentliche Elemente der quartalsweisen Deckungsbeitragsrechnung erweitert.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bremer Landesbank wird der Jahresüberschuss im Jahr 2010 konjunkturbedingt unter Druck bleiben, in der Folge aber wieder stetig ansteigen. Die Bank geht trotz der im Kreditgewerbe normalerweise erst mit einiger Verzögerung zu spürenden Rezessionsauswirkungen davon aus, auch in den kommenden Jahren in der Lage zu sein, ihre Kapitalbasis weiter zu stärken und eine angemessene Dividende auszuschütten. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

Nach einem konjunkturbedingten Rückgang im Jahr 2010 wird in der Folge von einer Stabilisierung des Zinsergebnisses ausgegangen, während das Provisionsergebnis sich im kommenden Jahr auf dem im Jahr 2009 erreichten Niveau stabilisieren sollte. Danach ergeben sich voraussichtlich gute Chancen auf einen Anstieg. Durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten, die mit einem Risikoabschlag bzw. -zuschlag und einem Risikopuffer kombiniert wird, werden sich ab dem Jahr 2010 Änderungen in der Darstellung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ergeben, die zu einer erhöhten Volatilität des Ergebnisses führen. Die Bank ist dennoch zuversichtlich, auch in den Jahren 2010 und 2011 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren. Im Jahr 2010 wird es zu einem deutlicheren Anstieg der Personalaufwendungen kommen. Einerseits werden tarifbedingte Steigerungen erwartet, andererseits werden die ab 2010 anzuwendenden Vorschriften des BilMoG zu erhöhten Aufwendungen für die Altersversorgung führen. Für 2011 wird ein geringerer Anstieg erwartet. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2010 projektbedingt ein erneuter Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2011 ist eine Stabilisierung des Kostenniveaus vorgesehen. In den Jahren 2010 und 2011 erwartet die Bremer Landesbank konjunkturell bedingt noch über dem Berichtsjahr liegende Risikovorsorgeaufwendungen – insbesondere bei Schiffsfinanzierungen. Insgesamt wird für die Jahre 2010 und 2011 deshalb von einem gegenüber dem Jahr 2009 reduzierten Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ausgegangen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem erneut erfreulichen Ergebnis des Jahres 2009 in der Betrachtungsperiode niedriger ausfallen wird. Die Cost-Income-Ratio wird sich in den kommenden beiden Jahren über dem Niveau des Jahres 2009 bewegen. Die Risikoquote wird im Jahr 2010 konjunkturbedingt nochmals ansteigen und im Jahr 2011 voraussichtlich leicht zurückgehen. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren realwirtschaftliche Folgen hatten auch Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substantielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2010 und 2011 so bleibt.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In drei Aufsichtsratssitzungen und fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2009 hat die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschluss Sitzung des Aufsichtsrates am 09. April 2010 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 09. April 2010 billigte der Aufsichtsrat den Lagebericht sowie den Jahresabschluss zum 31.12.2009, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen und den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2009 der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – von 48 Mio. € wie folgt zu verwenden:

1. Einstellung in die Gewinnrücklagen 20 Mio. €
2. Ausschüttung an die Träger 28 Mio. €

Der an die Träger ausgeschüttete Betrag entspricht einer Dividende von 20% auf das Stammkapital.

Die Dotierung der Gewinnrücklagen ist im vorliegenden Abschluss bereits berücksichtigt.

Am 12. Oktober 2009 verstarb das langjährige Aufsichtsratsmitglied Herr Klaus Busch im Alter von 61 Jahren. Wir haben Herrn Busch als liebenswerten und engagierten Menschen kennen gelernt, der sich über viele Jahre für die Interessen der Bremer Landesbank und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in besonderem Maße eingesetzt hat. Seinen Hinterbliebenen gilt die aufrichtige Anteilnahme der Mitglieder des Aufsichtsrats der Bank, die sich stets mit größter Achtung seiner erinnern werden.

Als Nachfolgerin trat Frau Annette Düring in den Aufsichtsrat der Bremer Landesbank ein.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 09. April 2010

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Linnert', followed by a stylized flourish.

Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr dreimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

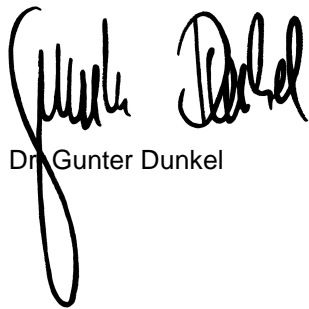
Sie beschloss am 09. April 2010 die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2009. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung hat mit großem Bedauern vom Tod des Aufsichtsratsmitgliedes Herrn Klaus Busch erfahren. Seinen Angehörigen gehört unser Mitgefühl.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit.

Bremen, 09. April 2010

Trägerversammlung



Dr. Gunter Dunkel

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

T€				31.12.2008	
1. Barreserve				145.103	121.870
a) Kassenbestand			3.677		3.885
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			141.426		117.985
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	141.426				(117.985)
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind:				0	0
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0				(0)
b) Wechsel			0		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0				(0)
3. Forderungen an Kreditinstitute				4.791.798	5.763.079
a) täglich fällig			402.550		499.050
b) andere Forderungen			4.389.248		5.264.029
4. Forderungen an Kunden				20.743.426	20.106.971
durch Grundpfandrechte gesichert	1.507.496				(1.503.512)
Kommunalkredite	5.268.077				(5.440.640)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				6.484.835	6.893.208
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				(0)
ab) von anderen Emittenten		0	0		101.005
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				(101.005)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		1.258.489			872.719
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.238.338				(852.568)
bb) von anderen Emittenten		5.109.678	6.368.167		5.778.879
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.038.035				(5.616.791)
c) eigene Schuldverschreibungen			116.668		140.605
Nennbetrag	113.253				(120.807)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				23.956	142.151
7. Beteiligungen				150.990	180.973
darunter: an Kreditinstituten		4.723			(32.273)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				73.015	81.623
darunter: an Kreditinstituten		0			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0			(0)
9. Treuhandvermögen				101.204	107.527
darunter: Treuhandkredite		45.697			(51.415)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0	0
11. Immaterielle Anlagewerte				1.935	1.829
12. Sachanlagen				29.567	27.618
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1.003.172	1.260.391
14. Rechnungsabgrenzungsposten				20.402	19.621
Summe der Aktiva				33.569.403	34.706.862

Passivseite

T€				31.12.2008	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				10.489.021	12.203.470
a) täglich fällig			1.005.363		883.780
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			9.483.658		11.319.690
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				10.202.461	9.951.706
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	219.812				144.636
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	7.661	227.473			32.656
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.151.958				2.313.390
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.823.030	9.974.988			7.461.024
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				9.322.307	8.552.626
a) begebene Schuldverschreibungen			9.224.517		8.552.626
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			97.790	97.790	0
darunter: Geldmarktpapiere	97.790				(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0				(0)
4. Treuhandverbindlichkeiten				101.204	107.527
darunter: Treuhandkredite	45.697				(51.415)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.089.154	1.560.592
6. Rechnungsabgrenzungsposten				29.248	22.944
7. Rückstellungen				229.104	221.093
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			149.986		143.682
b) Steuerrückstellungen			27.525		27.233
c) andere Rückstellungen			51.593		50.178
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				500.000	500.000
9. Genussrechtskapital				0	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0				(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				330.000	330.000
11. Eigenkapital				1.276.904	1.256.904
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital	140.000				140.000
ab) stille Einlagen	607.904	747.904			607.904
b) Kapitalrücklage		40.000			40.000
c) Gewinnrücklage					
ca) gesetzliche Rücklagen	0				0
cb) satzungsmäßige Rücklagen	194.000				184.000
cc) andere Gewinnrücklagen	267.000	461.000			257.000
d) Bilanzgewinn		28.000			28.000
Summe der Passiva				33.569.403	34.706.862
1. Eventualverbindlichkeiten				4.476.110	5.316.710
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			0		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		4.476.110			5.316.710
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0		0
2. Andere Verpflichtungen				2.812.951	3.660.169
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.812.951			3.660.169

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

T€				31.12.2008
1.	Zinserträge aus			
a)	Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.067.075		1.226.712
b)	festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	187.387	1.254.462	328.561
2.	Zinsaufwendungen		942.561	1.266.062
			311.901	289.211
3.	Laufende Erträge aus		16.383	27.537
a)	Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		8.841	19.791
b)	Beteiligungen		6.143	6.452
c)	Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.399	1.294
4.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		1.901	1.251
5.	Provisionserträge		52.544	65.951
6.	Provisionsaufwendungen		7.966	8.389
			44.578	57.562
7.	Nettoertrag aus Finanzgeschäften		23.433	6.083
8.	Sonstige betriebliche Erträge		9.021	8.817
9.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		148.887	140.597
a)	Personalaufwand			
aa)	und Gehälter	63.883		62.479
ab)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	28.078	91.961	26.594
	darunter: für Altersversorgung	17.623		(16.941)
b)	andere Verwaltungsaufwendungen		56.926	51.524
10.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewert und Sachanlagen		3.847	4.196
11.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		3.144	2.540
12.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		108.416	0
13.	Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		0	150.000
14.	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0	136.573
15.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		20.005	76.267
16.	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	1.039
18.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		122.918	152.395
19.	Außerordentliche Erträge		0	0
20.	Außerordentliche Aufwendungen		0	0
21.	Außerordentliches Ergebnis		0	0
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		37.911	35.759
23.	Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen		-24	87
			37.887	35.846
24.	Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		37.031	38.549
25.	Jahresüberschuss		48.000	78.000
26.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0	0
27.	Einstellungen in Gewinnrücklagen		20.000	50.000
a)	in die gesetzliche Rücklage		0	0
b)	in die Rücklage für eigene Anteile		0	0
c)	in satzungsmäßige Rücklagen		10.000	25.000
d)	in andere Gewinnrücklagen		10.000	25.000
28.	Vorabausschüttung		0	0
29.	Bilanzgewinn		28.000	28.000

Anhang

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2009 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Grundsätze der Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340h HGB sowie der Stellungnahme des Bankenfachausschusses (BFA) des IDW, BFA 3/95. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände (4.163 Mio. €) und Schulden (1.586 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31.12.2009 umgerechnet. Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzposten und schwebenden Geschäfte im Umlaufvermögen werden in jeder Währung gemäß § 340h Abs. 2 Satz 2 HGB grundsätzlich als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend werden die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 Satz 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte – soweit sie nicht in § 340e HGB als Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind – nach den Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB. Forderungen wurden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien wurden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Den Risiken im Kreditgeschäft wurde durch Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen sowie Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Wertberichtigungen sind von den Buchbeständen abgesetzt.

Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Dabei unterblieb bei diesen Wertpapieren für Bestände mit einem Buchwert von 3.617,7 Mio. € (Vorjahr: 4.084,9 Mio. €) die Niederstwertabschreibung. Die aufgrund des gemilderten Niederstwertprinzips unterbliebenen Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 71,3 Mio. €.

Die Wertpapiere werden bis zur Endfälligkeit gehalten und es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Emittenten mit erstklassiger Bonität. Wertpapiere des Handelsbestandes und der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Bei in einem aktiven Markt gehandelten Finanzinstrumenten werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes – sofern verfügbar – öffentlich notierte Börsenpreise verwendet.

Sofern keine Börsenpreise erhältlich sind, werden zur Wertermittlung Preisnotierungen von Händlern genutzt. Dabei finden beim Rückgriff auf andere Preisquellen als Börsen Quotierungen Verwendung, die von anderen Banken oder Market Makern eingestellt werden.

Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen zurückgegriffen werden kann, wird der beizulegende Zeitwert über anerkannte Bewertungsmethoden bzw. -modelle ermittelt.

Im Bereich der Bewertung von Finanzinstrumenten zählen hierzu am Markt etablierte Bewertungsmodelle (z.B. Discounted-Cashflow-Methode, Hull&White-Modell für Fixed-Income-Optionen), deren Berechnungen grundsätzlich auf am Markt beobachtbaren Eingangsparametern basieren. Es gilt die Maßgabe, dass Einflussgrößen in die Bewertung einbezogen werden, die ein Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigen würde. Die entsprechenden Parameter werden – sofern möglich – dem Markt entnommen, auf dem das Instrument emittiert oder erworben wurde.

Bewertungsmodelle werden bei OTC-Derivaten und nicht börsennotierten Wertpapieren eingesetzt. In die Modelle fließen verschiedene Parameter ein, wie Marktpreise und andere Marktnotierungen, bspw. Volatilitäten. Wenn es in Einzelfällen erforderlich ist, gegebenenfalls bei der Verwendung von Optionspreismodellen Schätzungen vorzunehmen, wird dabei stets eine marktübliche Methode angewandt.

Für diese Mark-to-Model-Berechnungen werden diejenigen Marktdaten verwendet, die bereits als Grundlage für das Risikocontrolling Anwendung finden. Bei Discounted-Cashflow-Methoden werden alle Zahlungen mit der um den Credit Spread des Zahlers adjustierten risikolosen Zinskurve diskontiert. Die Spreads werden auf aktiven Märkten auf Grundlage vergleichbarer Finanzinstrumente (bspw. unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktsegments und der Emittentenbonität) und auf inaktiven Märkten auf der Basis von Emittentenbonität und Opportunitätskostenkalkül ermittelt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt. Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2009 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2010 und ggf. Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird i.d.R. eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sog. ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst. Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht. Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesbreiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich

wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des Raw Betas repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Für das Jahr 2009 wird erstmals der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten. Der Methodenwechsel hat in der Summe Abschreibungen in Höhe von 15,3 Mio. € erspart sowie zu zusätzlichen Abschreibungen von 4,4 Mio. € geführt.

Bestände, die mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, sind als Bewertungseinheit betrachtet worden.

Wirtschaftlich zusammengehörende Finanzinstrumente wurden in einem Handelsbuch zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Innerhalb des Handelsbuches wurden Bewertungsgewinne bis zur Höhe der ihnen gegenüberstehenden Bewertungsverluste verrechnet. Für einen Verlustsaldo wurden Rückstellungen gebildet, während Gewinnspitzen unberücksichtigt blieben.

Bei Gegenständen des Sachanlagevermögens sowie bei den immateriellen Anlagewerten, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten Abschreibungen vorgenommen. Die durch die Unternehmenssteuerreform 2008 geänderte Behandlung geringwertiger Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 Satz 1 EStG (Pool-Bewertung) wird entsprechend angewendet. Danach werden Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, in einem Sammelposten zusammengefasst und innerhalb eines Fünfjahreszeitraumes pauschal mit 20% p.a. abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter unter 150 € werden sofort als Aufwand erfasst.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten. Verlustrisiken werden durch Bildung von Rückstellungen/Abschreibungen Rechnung getragen.

Für Credit Default Swaps im Anlagebestand, bei denen die Bank als Sicherungsgeber auftritt, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem Credit Default Swap zu rechnen, so werden bonitätsinduzierte Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus Credit Default Swaps, die dem Anlagebuch zugeordnet sind, werden im Provisionsergebnis ausgewiesen. Erfolge aus Credit Default Swaps aus dem Handelsbestand werden im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften gezeigt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden berechnet und mit dem Teilwert der Verpflichtungen für laufende Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet. Dabei wurden die sog. „Richttafeln 2005 G“ von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde das nach dem Rentenversicherungs Altersgrenzenanpassungsgesetz von 2008 frühestmögliche Pensionsalter zugrunde gelegt. Darüber hinaus bestehen mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 1 EGHGB in Höhe von 4.091 T€.

Die übrigen Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

Bilanz – Aktiva

T€	31.12.2009	31.12.2008
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	44.490	302.997
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.900	7.494
Nachrangige Forderungen	54.295	27.065
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	3.457.223	3.635.568
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	1.583.030	963.906
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	1.383.027	1.861.21
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	50.652	66.998
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	153.866	160.286
Nachrangige Forderungen	0	0
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
ab) Von anderen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	0	101.005
Von verbundenen Unternehmen	–	–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) Von öffentlichen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	1.258.489	872.719
börsenfähig, nicht börsennotiert	–	–
bb) Von anderen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	4.901.721	5.565.253
börsenfähig, nicht börsennotiert	207.731	213.626
Von verbundenen Unternehmen	236.964	237.247
Von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	550.995	551.550

c) Eigene Schuldverschreibungen		
börsenfähig und börsennotiert	113.397	137.557
börsenfähig, nicht börsennotiert	3.270	3.048
d) Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	340.000	158.245
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	347.500	350.000
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
börsenfähig und börsennotiert	0	22.456
börsenfähig, nicht börsennotiert	0	0
Von Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	0
Pos. 7: Beteiligungen		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	2.794	2.794
börsenfähige, nicht börsennotierte Anteile	0	0
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	45.417	51.117
Forderungen an Kunden	280	299
Beteiligungen	46.559	47.163
Sachanlagen	8.948	8.948
Pos. 11: Sachanlagen		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
– Grundstücke und Gebäude	21.969	20.113
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.029	3.879
Pos. 12: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	927.738	1.197.447
Ansprüche aus Beteiligungen	0	0
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	10.453	13.126
Prämien für Optionsgeschäfte	5.178	12.730
Pos. 13: Rechnungsabgrenzungsposten		
Disagioabgrenzung	12.145	10.584
Agioabgrenzung	990	2.127

Entwicklung des Anlagevermögens

T€	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	-----Veränderungen-----				Abschreibungen kumuliert	Restbuchwert 31.12.2009	Restbuchwert 31.12.2008	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Zuschreibungen des Geschäfts- jahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen						
Beteiligungen	184.073	1.099	2.518	-27.550	4.114	150.990	180.973	1.236	223	
Anteile an verbundenen Unternehmen	87.119	125	5.837	-	8.392	73.015	81.623	4.477	-	
Wertpapiere des Anlagevermögens	5.162.858	228.700	696.872	-	86.306	4.608.380	5.087.486	11.469	-	
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.122	1.165	5	-	9.347	1.935	1.829	1.059	-	
Sachanlagen	99.278	4.834	259	-	74.286	29.567	27.618	2.787	-	

Die stillen Beteiligungen an der DekaBank Deutsche Girozentrale wurden in Höhe von 27,6 Mio. € in die Forderungen an Kreditinstitute umgegliedert.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

T€	31.12.2009	31.12.2008
Pos. 3 b: Andere Forderungen an Kreditinstitute		
bis 3 Monate	751.490	944.122
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	349.803	569.233
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.429.166	1.569.117
mehr als 5 Jahre	1.858.789	2.181.557
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
mit unbestimmter Laufzeit	531.068	675.153
bis 3 Monate	1.528.937	1.548.735
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.867.474	1.676.949
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.090.198	6.892.781
mehr als 5 Jahre	9.725.749	9.313.501
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig	725.882	934.189

Bilanz – Passiva

T€	31.12.2009	31.12.2008
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	245.773	285.369
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	837	326.579
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	738.861	691.115
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31.739	39.865
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	30.660	45.968
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	119.119	106.036
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	316.937
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45.417	51.117
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	55.787	56.410
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten		
Zinsen für stille Einlagen	37.031	38.549
Verbindlichkeiten aus Gewinnabführungen	0	0
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	927	2.639
Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	905.883	1.206.897
Erhaltene Optionsprämien	12.479	16.849
Steuerverbindlichkeiten	2.174	5.460
Pos. 6: Rechnungsabgrenzungsposten		
Agioabgrenzung	13.433	5.083
Disagioabgrenzung	3.830	5.002
Pos. 9: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	16.717	26.078

Spezifikation der 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

Währung	Betrag 31.12.2009 T€	Zinsaufwand 2009 T€	Zinssatz % p.a.	Laufzeitende
€	200.000	5.226	variabel	28.06.2030
€	85.000	2.296	variabel	21.03.2031
€	65.000	1.883	variabel	05.04.2041
€	150.000	7.312	4,875	15.12.2015
Gesamt	500.000	16.717		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahme nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Ihre Ursprungslaufzeit beträgt in allen Fällen mindestens zehn Jahre. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

T€	31.12.2009	31.12.2008
Pos. 1 b): Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
bis 3 Monate	1.124.615	3.683.858
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.439.717	1.049.633
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.881.752	2.300.732
mehr als 5 Jahre	4.037.574	4.285.468
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Pos. 2 ab): Spareinlagen		
bis 3 Monate	219.812	144.636
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.364	29.512
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.280	3.135
mehr als 5 Jahre	17	9
Pos. 2 bb): Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
bis 3 Monate	1.363.258	1.429.375
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	699.251	836.121
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.694.454	2.269.256
mehr als 5 Jahre	3.066.067	2.926.273
Pos. 3a): Verbriefte Verbindlichkeiten/begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig	1.816.509	1.761.539

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Pos. 8: Sonstige betriebliche Erträge

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (3,9 Mio. €), um Kostenerstattungen (1,5 Mio. €) und Grundstückserträge (0,9 Mio. €).

Pos. 11: Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus den Aufwendungen für Schadensfälle aus operationellen Risiken (0,4 Mio. €), sonstige Aufwendungen für Gebäude (0,3 Mio. €), Kostenerstattungen an Beteiligungsgesellschaften (0,4 Mio. €) sowie Zuführung zur Rückstellung für interne Aufwendungen (0,4 Mio. €).

Pos. 22: Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

Die Bremer Landesbank haftet gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese als Gewährträger.

Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4.124 T€ (Vorjahr: 13.475 T€).

Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt, in Höhe von 3.300 T€.

Darüber hinaus besteht eine Nachschussverpflichtung gegenüber der SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co., Düsseldorf, in Höhe von 0,1 T€.

Die Beiträge für die Sicherheitsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 35.221 T€. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.

Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden Wertpapiere in Höhe von 26.293 T€ (Vorjahr: 31.931 T€) hinterlegt, davon bei der Eurex 21.270 T€ (Vorjahr: 29.924 T€) und bei JPMorgan 5.023 T€ (Vorjahr 2.007 T€).

Sonstige Angaben

1. Mitglieder des Vorstandes

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers
(Vorsitzender)

Dr. Guido Brune

Eckhard Fiene
(ab 1.4.2009)

Heinrich Engelken
(Stellv. Vorsitzender ab 1.4.2009)

Fritz Lütke-Uhlenbrock
(Stellv. Vorsitzender bis 31.3.2009)

2. Mitglieder des Aufsichtsrates

Karoline Linnert
(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Die Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Hermann Bröring
Landrat des Landkreises Emsland,
Meppen

Dr. Claas Brons
Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.
Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Klaus Busch (bis 12.10.2009)
Stellvertretender Geschäftsführer
der Gewerkschaft ver.di
Bezirk Land Bremen

Annette Düring (ab 12.10.2009)
Vorsitzende DGB Region
Bremen/Elbe-Weser

Dr. Gunter Dunkel
Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Heinz Feldmann
Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Lars-Peer Finke
Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Thomas Mang
(Stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Martin Grapentin
Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Elke Heinig
Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau
Staatssekretärin des
Niedersächsischen Finanzministeriums

Andreas Klarmann
Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Hartmut Möllring
Niedersächsischer Minister der Finanzen

Dr. Johannes-Jörg Riegler
Mitglied des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Jürgen Scheller
Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann
Niedersächsischer Minister für
Wissenschaft und Kultur

Doris Wesjohann
Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

3. Mandate gem. § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Die gesetzlichen Vertreter der Bank haben im Berichtsjahr folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB wahrgenommen:

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

- BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen
- GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a.M.
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
- Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxemburg
- NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover

Fritz Lütke-Uhlenbrock

(Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes bis zum 31.3.2009)

- BREBAU GmbH, Bremen (bis 20.4.2009)
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 30.6.2009)
- GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft, Oldenburg (bis 31.3.2009)
- SLOMAN NEPTUN Schifffahrts-AG, Bremen

Heinrich Engelken

- BREBAU GmbH, Bremen (ab 20.4.2009)
- GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft, Oldenburg (ab 01.4.2009)

Dr. Guido Brune

- BREBAU GmbH, Bremen (ab 20.4.2009)
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (ab 1.7.2009)

4. Aufwendungen für die Organe und Organkredite

4.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder

T€	31.12.2009	31.12.2008
Vorstand	2.333	2.482
Aufsichtsrat	156	153
Beirat	70	72

4.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener

T€	31.12.2009	31.12.2008
Vorstand	2.168	2.129
Aufsichtsrat	–	–
Beirat	–	–

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis wurden 17.604 T€ (Vorjahr: 14.956 T€) zurückgestellt.

4.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

Der Gesamtbetrag der Organmitgliedern gewährten Vorschüsse, Kredite sowie Haftungsverhältnisse beläuft sich auf 3.228 T€ (Vorjahr: 2.393 T€).

5. Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2009	2008
Männlich	477	468
Weiblich	478	460
Gesamt	955	928

6. Weitere Angaben

6.1 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

6.2 Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte
Zinstauschvereinbarungen, Zinstermingeschäfte, Optionen auf Zinstauschvereinbarungen, Zinsbegrenzungsvereinbarungen
- Wechselkursbezogene Geschäfte
Devisentermingeschäfte, Währungstauschvereinbarungen, Devisenoptionsgeschäfte
- Sonstige Geschäfte
Optionsgeschäfte auf Aktien

6.3 Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert u.a. von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen im Wesentlichen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Bankbuches durch das Aktiv-Passiv-Management ein. Daneben finden Derivate aufgrund der steigenden Nachfrage nach individuellen Lösungen zur Steuerung von Marktpreisrisiken sowie zur Strukturierung von Finanztransaktionen zunehmend Anwendung.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Kontrakten findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt. Aus diesem Grund werden bei diesen Produkten keine positiven und negativen Marktwerte ausgewiesen, da es bei diesen Geschäften keine Adressausfallrisiken gibt.

Die in dem nachstehenden Schema dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Marktwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt. Die sich ergebenden negativen Marktwerte werden größtenteils durch positive Marktwerte aus derivativen Geschäften bzw. aus Makro- oder Mikrobewertungseinheiten kompensiert.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	31.12.2008	31.12.2009	positiv 31.12.2009	negativ 31.12.2009
Zinsrisiken				
Zinsswaps	40.957	51.500	1.059	953
FRAs	160	35	0	0
Zinsoptionen				
Käufe	28	20	1	0
Verkäufe	128	185	0	7
Caps, Floors	1.524	1.451	15	10
Börsenkontrakte	280	673	0	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	0	121	–	–
Zinsrisiken – insgesamt –	43.077	53.986	1.076	970
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	5.555	844	10	39
Währungsswaps/Zinswährungsswaps	688	5.476	152	193
Devisenoptionen				
Käufe	302	115	7	0
Verkäufe	297	123	0	7
Caps, Floors in Fremdwährung	0	38	0	0
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Sonstige Währungstermingeschäfte	–	–	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	6.842	6.596	169	239
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktientermingeschäfte	–	–	–	–
Aktienoptionen				
Käufe	2	2	0	0
Verkäufe	0	0	0	0
Börsenkontrakt	0	2	0	0
Sonstige Termingeschäfte	–	–	–	–
Aktien- und sonstige Preisrisiken – insgesamt –	2	4	0	0
Kreditderivate				
Käufe	257	212	6	0
Verkäufe	3.744	3.281	0	109
Kreditderivate – insgesamt –	4.001	3.493	6	109

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Restlaufzeiten								
Bis 3 Monate	6.661	4.154	1.913	1.667	2	0	50	85
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13.815	9.057	2.328	2.498	2	0	25	254
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20.054	17.151	1.764	2.440	0	2	1.564	956
Mehr als 5 Jahre	13.456	12.715	591	237	0	0	1.854	2.706
Insgesamt	53.986	43.077	6.596	6.842	4	2	3.493	4.001

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	31.12.2008	31.12.2009	positiv 31.12.2009	negativ 31.12.2009
Banken in der OECD	48.147	58.668	1.111	1.263
Banken außerhalb der OECD	–	–	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	10	10	1	0
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsenkontrakte)	5.765	5.402	139	56
Summe	53.922	64.079	1.251	1.319

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	31.12.2008	31.12.2009	positiv 31.12.2009	negativ 31.12.2009
Zinskontrakte	32.382	38.564	964	801
Währungskontrakte	6.842	3.197	155	115
Aktienkontrakte	2	4	0	0
Kreditderivatkontrakte	391	344	6	5
Handelsgeschäfte insgesamt	39.617	42.109	1.125	921

6.4 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 750 Mio. € (Vorjahr: 3.079 Mio. €) hinterlegt.

6.5 Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften in Pension gegebenen Wertpapiere und anderer Vermögensgegenstände betrug 0,0 Mio. € (Vorjahr: 50,9 Mio. €).

6.6 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 3.691,8 Mio. € (Vorjahr: 3.210,2 Mio. €) abgetreten.

6.7 Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurde für den Abschlussprüfer folgendes Honorar erfasst (in T€):

T€	Gesamt
a) Die Abschlussprüfung	473
b) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	310
c) Steuerberatungsleistungen	0
d) Sonstige Leistungen	121

In den Prüfungskosten sind Auflösungen von nicht verbrauchten Rückstellungen in Höhe von 340 T€ enthalten.

7. Deckungsrechnung

7.1 Deckungsrechnung gemäß § 28 PfandBG

I. Hypothekendarlehen

Nominal- und Barwertdeckung für Hypothekendarlehen

Beträge in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dyna- misches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dyna- misches Verfahren Mind. -100 bp	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag des Darlehensumschlages	624,8	293,5	650,8	311,7	632,0	304,8	670,8	319,1
Gesamtbetrag der Deckungswerte	848,7	417,1	917,7	443,6	880,2	422,3	958,1	466,9
Überdeckung	223,9	123,6	266,9	131,9	248,2	117,5	287,3	147,8
Überdeckung in %	35,8	42,1	41,0	42,3	39,3	38,6	42,8	46,3

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Hypothekenpfandbriefe

Beträge in Mio. €	Bestand zum 31.12.		Bestand in 1 Jahr		Bestand in 5 Jahren		Bestand in 10 Jahren	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	624,8	293,5	394,8	293,5	87,0	28,5	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Deckungswerte	848,7	417,1	722,4	354,4	379,6	208,4	8,4	5,2

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Größenklassen

Größenklassen	in Mio. €		prozentual	
	2009	2008	2009	2008
Bis zu 0,3 Mio. €	312,5	228,2	36,8	54,7
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	275,3	158,1	32,4	37,9
Mehr als 5,0 Mio. €	25,9	11,3	3,1	2,7
Sichernde Überdeckung	235,0	19,5	27,7	4,7
Gesamtsumme	848,7	417,1	100,0	100,0

Verteilung des Hypothekenregisters nach Staaten, dabei Aufschlüsselung nach Nutzungsart

Nutzungsart	Deutschland			
	in Mio. €		prozentual	
	2009	2008	2009	2008
Gewerblich genutzte Grundstücke	0,0	0,0	0,0	0,0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0,0	0,1	0,0	0,0
Wohnungen	79,8	57,5	9,4	13,8
Einfamilienhäuser	177,9	128,2	21,0	30,7
Mehrfamilienhäuser	150,6	123,2	17,8	29,5
Bürogebäude	31,0	4,8	3,7	1,2
Handelsgebäude	22,3	0,0	2,6	0,0
Industriegebäude	0,1	0,1	0,0	0,0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	146,7	82,1	17,3	19,7
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	1,4	0,0	0,3
Bauplätze	0,3	0,2	0,0	0,1
Zwischensumme	608,7	397,6	71,7	95,3
Sichernde Überdeckung	240,0	19,5	28,3	4,7
Gesamtsumme	848,7	417,1	100,0	100,0

Rückständige Leistungen (>90 Tage)

Per 31.12.2009 bestanden rückständige Leistungen von 565,13 €, die älter als 90 Tage waren (31.12.2008 12 T€).

Anteil Derivate

Derivate sind nicht enthalten.

II. Öffentliche Pfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für öffentliche Pfandbriefe

Beträge in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynami- sches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynami- sches Verfahren Mind. -100 bp	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.662,6	3.146,1	3.859,9	3.289,8	3.676,3	3.152,8	4.063,2	3.440,1
Gesamtbetrag der Deckungswerte	4.333,3	3.285,6	4.512,1	3.411,6	4.345,3	3.294,5	4.700,5	3.541,6
Überdeckung	670,7	139,4	652,2	121,8	669,0	141,7	637,4	101,4
Überdeckung in %	18,3	4,4	16,9	3,7	18,2	4,5	15,7	2,3

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe

Beträge in Mio. €	Bestand zum 31.12.		Bestand in 1 Jahr		Bestand in 5 Jahren		Bestand in 10 Jahren	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.662,6	3.146,1	2.901,7	2.550,6	1.483,9	1.324,1	365,3	210,3
Gesamtbetrag der Deckungswerte	4.333,3	3.285,6	3.457,1	2.906,3	1.566,1	2.250,2	443,2	199,1

Rückständige Leistungen (>90 Tage)

Per 31.12.2009 (und per 31.12.2008) bestanden keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

Anteil Derivate

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe

Beträge in Mio. €	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Deutschland	0,0	0,0	442,1	345,2	2.102,1	1.420,2	1.689,1	1.420,2
Luxemburg	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	100,0

III. Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Schiffspfandbriefe

Beträge in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynami- sches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynami- sches Verfahren Mind. -100 bp	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	370,3	412,3	389,6	438,4	376,3	421,2	403,9	457,0
Gesamtbetrag der Deckungswerte	965,5	988,7	949,5	1.079,7	792,3	882,5	897,2	995,0
Überdeckung	595,2	576,3	559,9	641,3	416,0	461,3	493,3	538,0
Überdeckung in %	160,7	139,8	143,7	146,3	110,6	109,5	122,1	117,7

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Schiffspfandbriefe

Beträge in Mio. €	Bestand zum 31.12.		Bestand in 1 Jahr		Bestand in 5 Jahren		Bestand in 10 Jahren	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	370,3	412,3	215,3	327,3	89,0	86,0	13,0	10,0
Gesamtbetrag der Deckungswerte	965,5	988,7	78,5	95,2	4,9	7,0	0,0	0,0

Aufschlüsselung des Schiffsregisters nach Größenklassen

Größenklassen	in Mio. €		Prozentual	
	2009	2008	2009	2008
Bis zu 0,5 Mio. €	1,6	3,1	0,2	0,3
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	440,5	339,2	45,6	34,3
Mehr als 5,0 Mio. €	448,4	621,7	46,4	62,9
Sichernde Überdeckung	75,0	24,7	7,8	2,5
Summe	965,5	988,7	100,0	100,0

Verteilung der Deckungswerte nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind

Staaten	Seeschiffe				Binnenschiffe				Sichernde Überdeckung			
	in Mio. €		prozentual		in Mio. €		prozentual		in Mio. €		prozentual	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Bahamas	7,4	8,3	0,8	0,8	0	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	746,2	788,4	77,3	79,7	0,8	1,2	0,1	0,1	75,0	24,7	7,8	2,5
Gibraltar	14,9	19,8	1,5	2,0	0	0	0	0	0	0	0	0
Griechenland	11,8	28,0	1,2	2,8	0	0	0	0	0	0	0	0
Liberia	28,1	32,9	2,9	3,3	0	0	0	0	0	0	0	0
Malta	28,3	28,0	2,9	2,8	3,8	0	0,4	0	0	0	0	0
Marshall Islands	0	8,4	0	0,9	0	0	0	0	0	0	0	0
Niederlande	29,1	25,5	3,0	2,6	0	0	0	0	0	0	0	0
Panama	4,8	5,6	0,5	0,6	0	0	0	0	0	0	0	0
Türkei	1,7	0,0	0,2	0,6	0	0	0	0	0	0	0	0
Zypern	13,6	17,9	1,4	1,8	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	886,0	962,8	91,8	97,3	4,5	1,2	0,5	0,1	75,0	24,7	7,8	2,5

*) Bezogen auf den Gesamtbetrag der Deckungswerte von 965,50 Mio. € per 31.12.2009 und von 988,65 Mio. € per 31.12.2008.

Rückständige Leistungen (>90 Tage)

Per 31.12.2009 bestanden keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren (31.12.2008 126 T€).

Anteil Derivate

Derivate sind nicht enthalten.

7.2 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

I. Hypothekenspfandbriefe

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2009	2008	2009	2008
Zahl der per 31.12.2009 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (in Mio. €)	0	0	0,1	0,1

II. Schiffspfandbriefe

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2009	2008	2009	2008
Zahl der per 31.12.2009 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	0	0	0	0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (in Mio. €)	0,02	0,05	0	0

7.3 Deckungsrechnung Altbestand

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und wird getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes geltenden Vorschriften weitergeführt.

Hypothekenkreditgeschäft

T€			
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten			
Pfandbriefe			
Inhaberschuldverschreibungen		237.472	
Namenschuldverschreibungen		<u>355.660</u>	<u>593.132</u>
Deckungswerte			
Forderungen an Kreditinstitute		–	–
Forderungen an Kunden		613.970	
Wertpapiere öffentlicher Emittenten		<u>17.500</u>	<u>631.470</u>
Deckungsüberhang			38.338

Kommunalkreditgeschäft

T€			
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten			
Pfandbriefe			
Inhaberschuldverschreibungen		381.931	
Namenschuldverschreibungen		<u>2.987.128</u>	<u>3.369.059</u>
Deckungswerte			
Forderungen an Kreditinstitute		1.713.027	
Forderungen an Kunden		2.086.422	
Wertpapiere öffentlicher Emittenten		<u>330.000</u>	<u>3.799.449</u>
Deckungsüberhang			430.390

8. Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital ¹⁾ in T€	Ergebnis in T€
1.	Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	27.041	-209
2.	BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	4.851 ⁴⁾	483 ⁴⁾
3.	BLB Consulting GmbH, Bremen	100,00	1.918 ⁴⁾	440 ⁴⁾
4.	BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	22 ⁴⁾	2 ⁴⁾
5.	BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	29.700 ⁴⁾	1.446 ²⁾⁴⁾⁵⁾
6.	BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	511 ⁴⁾	0 ²⁾⁴⁾
7.	BREBAU GmbH, Bremen	30,00	59.721	2.774
8.	Bremer Spielcasino GmbH & Co. KG, Bremen	49,00	³⁾	³⁾
9.	Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.105	575
10.	Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	49.672 ⁴⁾	-6.020 ⁴⁾
11.	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	671 ⁴⁾	885 ⁴⁾
12.	Bremische Grundstücks-GmbH & Co., Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	100 ⁴⁾	107 ⁴⁾
13.	Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH, Bremen	24,53	159	4
14.	Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	25,00	³⁾	³⁾
15.	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	265.933	28.776
16.	Gewobau – Gesellschaft für Wohnungsbau – Vechta GmbH, Vechta	20,46	8.666	1.020
17.	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	57.481	2.883
18.	NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	100 ⁴⁾	2.337 ⁴⁾
19.	Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	5.410	60
20.	PIKAN Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	100,00	0 ⁴⁾	-18 ⁴⁾
21.	Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	100,00	1.085	24
22.	Stifterinstitut Bremen GmbH, Bremen	20,00	82	4
23.	Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	40.672	3.563
24.	WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	41	0

Anmerkungen:

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB; Klammerwerte geben ausstehende Einlagen an.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisübernahmevertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2009.

⁵⁾ 7.146.477,77 € abzgl. 5.700.000,00 € Einstellung in die Gewinnrücklagen

9. Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden bei dem elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, den 16. März 2010

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune



Eckhard Fiene

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, den 16. März 2010

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune



Eckhard Fiene

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, den 19. März 2010

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer


Lutz Meyer
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Konzept, Text, Gestaltung

Bremer Landesbank
Gestalt und Form, Bremen

Stand: Mai 2010